

# Landesinfo Baden-Württemberg



**Linke.PDS und WASG**

**Manifest zur  
Gründung einer  
neuen Linken** Seite 6

**Fraktion Die Linke**

**Gesetzent-  
wurf für einen  
Mindestlohn** Seite 9

**Berlin und anderswo**

**Die Linke.-Abge-  
ordnete aktiv** Seite 11

**Europäisches Sozialforum**

**Die neue Linke  
in Europa** Seite 15

**Jahrestag im Sommer '07**

**100 Jahre  
Internationaler  
Sozialisten-  
kongress** Seite 16

**Kommunalpolitik**

**Aus Pforzheim,  
Freiburg ...** Seite 17

**21. Oktober: Demo gegen  
den Sozialabbau  
der Großen Koalition,  
Stuttgart, Schlossplatz**

## Inhalt

Lothar Bisky: Dafür lohnt es sich Engagement aufzubringen	4
Thomas Händel: Heißer Herbst nach eiskaltem Frühling	5
Aufruf zur Gründung einer neuen Linken	6
Gesetzentwurf: Für einen sozial gerechten Mindestlohn	9
Karin Binder, Norman Paech, Wolfgang Gehrke, Heike Hänsel, Tobias Pflüger, Ulrich Maurer, – Abgeordnete berichten	11
Eurpäisches Sozialforum in Athen	15
Sommer 2007: 100 Jahre Internationaler Sozialistenkongress	16
Pforzheim: Busse in Bürgerhand	17
Freiburg: Wohnen ist Menschenrecht!	17
Tübingen: Kornelia Möller linke OB-Kandidatin	18
Mannheim: Hartz IV schafft keine neuen Arbeitsplätze	19
Stuttgart: Kosten 1-Euro-Jobs und reguläre Arbeitsverhältnisse	19

# Linke Parteibildung im Land macht Fortschritte

**Auf einer gemeinsamen Landesvorstandssitzung in Stuttgart vereinbarten WASG und Linkspartei für Baden-Württemberg weitere Schritte zur Parteineubildung. Dazu erklären Bernd Riexinger für die WASG und Bernhard Strasdeit für die Linkspartei:**

In den vergangenen zwölf Monaten haben WASG und Linkspartei im Bundesland Baden-Württemberg zwei gemeinsame Wahlkämpfe geführt. Die Mitgliedschaft in beiden Parteien unterstützt die Parteineubildung, ebenso unsere MandatsträgerInnen im Bundestag, im Europaparlament und den kommunalen Parlamenten. Wir arbeiten zusammen in den Kreisen, bauen eine gemeinsame Bürostruktur auf und geben mit dem Landesinfo eine gemeinsame Mitgliederzeitung heraus.

Auf dieser Zusammenarbeit aufbauend soll es nun weitere praktische Schritte der Koordinierung geben.

Gemeinsam mit außerparlamentarisch Initiativen und Gewerkschaften wollen wir den gesellschaftlichen Widerstand stärken gegen die neuerlichen Sozialabbauemodelle der Großen Koalition. Der mit der Agenda 2010 eingeleitete Umverteilungsprozess von unten nach oben wird fortgesetzt in der Gesundheitspolitik, bei Steuern, Rente mit 67, Kündigungsschutz, bei den Verschärfungen von Hartz IV. Dagegen braucht es Gegenöffentlichkeit, Aktionen und parlamentarische Initiativen. Beide Landesvorstände unterstützen die Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn „8 Euro Plus“ und haben zur Umsetzung im Land eine gemeinsame Kampagnengruppe gebildet.

Auch für die Bereiche Kommunalpolitik, Energiewende, Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften, Internationale Politik entstehen derzeit gemeinsame Arbeitsstrukturen auf Landesebene und in den Regionen.

Bis zum Sommer 2007 soll die neue Partei gegründet werden. Dafür braucht es einen offenen Diskussionsprozess über programmatische und organisatorische Grundlagen. Die Mitglieder von WASG und Linkspartei, Interessierte von außen und die linke Öffentlichkeit sollen möglichst breit in diese Debatte einbezogen werden. Das Eckpunktepapier, das Manifest und einige andere Papiere dienen dabei als erste Diskussionsgrundlage.

Um die ständige Zusammenarbeit der beiden Vorstände zu gewährleisten wurden mindestens vierteljährlich gemeinsame Vorstandssitzungen verabredet und eine gemeinsame Steuerungsgruppe eingesetzt.

*Stuttgart, 21. Juni 2006*

**Das nächste Landesinfo** erscheint im Oktober 2006.

**Redaktionsschluss** für das Landesinfo 4/2006 ist der 27. September

Wir freuen uns über jeden eingesandten Artikel, bitten aber darum, diese nicht länger werden zu lassen als ca. 5000 Zeichen. Fotos und Karikaturen sind sehr willkommen. Einsendungen bitte an die Landesgeschäftsstellen von Linkspartei.PDS oder WASG.

**Beilagenhinweis:** Dieser Ausgabe liegt bei ein Flyer der Fraktion Die Linke. zum Thema 8 Euro Mindestlohn.

### Bezug

Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Linkspartei.PDS Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Diese Ausgabe erhalten auch die Mitglieder der WASG Baden-Württemberg kostenlos.

### Impressum

**Herausgeber und Verlag:** Linke.PDS Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@linkspartei-bw.de

### Redaktion

Ute Gsöls-Puhl, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Mitteilungen, Protokolle und Adressen sind die Landesvorstände verantwortlich.

Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

### Herstellung und Druck

GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

## Landesparteitag der WASG

# Neuer Vorstand gewählt

Der Landesparteitag der WASG Baden-Württemberg hat am 15.7. einen neuen Landesvorstand gewählt. In den geschäftsführenden Landesvorstand wurden neben den bisherigen Mitgliedern Bernd Merling (Landesschatzmeister) und Bernd Riexinger (Landessprecher) die Stuttgarterin Annete Groth und Franz Groll aus Gechingen bei Calw gewählt. Die bisherigen LandessprecherInnen Claudia Mrosek und Damian Ludewig hatten nicht wieder kandidiert.

Daneben wurden in einem Leitantrag Beschlüsse für die weitere politische Arbeit des WASG-Landesverbandes und den Parteineubildungsprozess gefasst. Darin wurden u.a. die Schwerpunkte des Landesverbandes für die kommenden Monate festgelegt.

Im Vordergrund steht dabei die Umsetzung der bundesweiten Mindestlohnkampagne, die sich für eine Untergrenze bei Löhnen und Gehältern von 8 Euro einsetzt, um Armut trotz Arbeit zu verhindern. Die Mindestlohnkampagne ist auch ein Ansatzpunkt, um die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu intensivieren.

Die Verschlechterungen durch die Politik der großen Koalition sollen als zweiter Schwerpunkt behandelt werden. Die Verlängerung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, die Mehrwertsteuererhöhung, die weitere Aushöhlung des Kündigungsschutzes, zusätzliche Verschlechterungen für Hartz IV-Betroffene, die Gesundheitsreform und die erneute Senkung der Unternehmenssteuern werden in den kommenden Monaten zunehmend ins Bewusstsein der Menschen rücken. Ihr schwarz-roter Faden aus Umverteilung von unten nach oben und Sozialabbau sollen öffentlich herausgestellt werden.

Der Parteitag beschloss außerdem, dass sich WASG und LINKE verstärkt der kommunalpolitischen Arbeit widmen sollen. Der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Ulrich Maurer wies auf die Bedeutung einer kommunalen Verankerung der LINKEN als Gegenstück zur Präsenz im Bundestag hin. Der Kampf gegen Privatisierungen kann hierbei ein vielversprechendes Thema sein, an dem Kreisverbände wie Pforzheim, Freiburg oder Heilbronn bereits aktiv arbeiten.

Der drohende Krieg gegen den Iran ist Aufhänger für den vierten im Leitantrag beschlossenen Schwerpunkt: die Friedens- und Abrüstungspolitik.

Besonderes Augenmerk legte Linkspartei-Landessprecher Bernhard Strasdeit in seinem Grußwort auf die ökologischen Herausforderungen gerade im Bereich der Energieversorgung, weswegen er die Arbeit des neuen Landesar-

beitskreises Ökologie begrüßte.

Der sechste und letzte im Leitantrag vorgesehene Schwerpunkt regionaler gewerkschaftlicher Foren wurde von der Versammlung noch ergänzt um den Bereich Bildung, der v.a. die studentischen Abwehrkämpfe gegen Studiengebühren, die Misere auf dem Ausbildungsmarkt und die Lage in den Hauptschulen aufgreifen soll.

Mit der Forderung starker demokratischer Strukturen wurden erste Leitlinien für die Zusammenarbeit in der neuen Linkspartei festgelegt. Es sollen nun auch auf Landesebene Kommissionen gebildet werden, um konkrete Vorschläge für Statut und Programme auszuarbeiten. Dies wird von einer gemeinsamen Steuerungsgruppe koordiniert.

Der scheidende Landessprecher Damian Ludewig wies darauf hin, dass im baden-württembergischen Landesverband der WASG laut Beschluss des Landesvorstands diese Kommissionen vom erweiterten Landesvorstand unter Einbeziehung der Kreisverbände besetzt werden sollten.

Dass die neue Linkspartei gute Chancen habe, weiter zu wachsen, stellte Landessprecher Bernd Riexinger mit einem Hinweis auf die neuesten Umfrageergebnisse heraus, nach denen die Linke bundesweit auf zweistellige Werte kommt und in Baden-Württemberg die 5%-Hürde nehmen würde.

Axel Troost, Mitglied im geschäftsführenden WASG-Bundesvorstand und der Fraktion der LINKEN stellte den Zeitplan für die Bildung einer neuen, gesamtdeutschen Linkspartei bis zum Juli nächsten Jahres vor. Umstritten war dabei, ob vor einem gemeinsamen Parteitag von WASG und Linkspartei im April kommenden Jahres bereits die Möglich-

keit zur Fassung erster Beschlüsse bestehen soll, oder bis dahin nur beratende Gremien tagen. Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Linkspartei wurde indes auf dem gesamten Parteitag nicht in Frage gestellt.

Neben der Befassung mit vielen formalen Fragen kam auf dem Parteitag aber auch Stimmung auf, als Bernd Riexinger die Politik der großen Koalition als erneute „Abzocke der breiten Masse der Menschen“ nach sieben Jahren verfehlter Politik von rot-grün kritisierte. Kapitalrenditen von 25% bei gleichzeitigen Massenentlassungen seien genauso wenig ein Naturgesetz wie die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Der WASG-Landessprecher rief die Menschen auf, sich dagegen zu wehren, und sich auch außerhalb der Parlamente zu organisieren. Die Menschen müssten mehr Rechte bekommen, die direkte Demokratie ausgebaut werden. Politik dürfe sich nicht auf eine Stellvertreterpolitik beschränken. Bundeskanzlerin Merkel warf er angesichts des Bush-Besuchs in Stralsund eine „Liebesheirat mit einem Kriegsverbrecher“ vor. Die neue Linke sei die einzige konsequente Friedenspartei in Deutschland.

Für die Behandlung der Satzungsanträge blieb keine Zeit mehr – sie werden in der Landesarbeitsgemeinschaft „Partei neuen Typs“ und der gemeinsamen Kommission mit der Linkspartei zum Statut der neuen Partei behandelt werden.

### Gewählte Funktionen:

*Landessprecher:* Franz Groll, Annete Groth, Bernd Riexinger. *Schatzmeister:* Bernd Merling. *BeisitzerInnen:* Claus Achenbach, Xenia Berger, Jürgen Gulden, Silvia Ofori, Dirk Spöri, Stefan Straub, Peter Tholey. *Länderratsdelegierte:* Hasso Ehinger, Damian Ludewig, Heinrich Müller, Brigitte Ostmeyer, Birgit Schwickerath-Adam, Peter Tholey.

### Erinnerung:

## Einladung zur Landes-Mitgliederversammlung der Linkspartei.PDS Baden-Württemberg

**Samstag, 22. Juli 2006, 10.15 Uhr,  
Stuttgart, DGB-Haus, Willi Bleicher Straße 20**

Vorgesehene Tagesordnung:

- Begrüßung und Konstituierung
- Gastbeitrag von Jan Korte (Parteivorstand) zu den programmatischen Grundlagen der Parteineubildung
- Bericht Mindestlohnkampagne
- Aussprache
- Wahl der Revisionskommission
- Nachwahl Landesvorstand (Frauenplätze)
- Finanzbericht
- Bildung eines Regionalverbands Ostwürttemberg
- Fahrplan Parteineubildung
- Vorstellung der Landes-AGs.

*Landesvorstand Linkspartei.PDS Baden-Württemberg*

# Dafür lohnt es zu streiten und Engagement aufzubringen

## Brief von Lothar Bisky an die Mitglieder der Linkspartei.PDS

Parteivorsitzender Lothar Bisky wandte sich am 24. Mai mit einem Brief an die Mitglieder der Linkspartei.PDS. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Liebe Genossin, lieber Genosse, Wahlaktivitäten und Parteitage auf Bundes- und Landesebene liegen hinter uns. Wichtige Wahlkämpfe stehen unmittelbar vor uns. Dennoch: Die Zeit drängt. Trotz mancher Turbulenzen und Schwierigkeiten – wir halten an unserem Vorhaben fest, gemeinsam mit der WASG, bis zum Sommer 2007 eine neue Linkspartei in Deutschland zu schaffen. Eine solche Partei muss von unten wachsen, von unseren Mitgliedern gewollt und gestaltet werden.

Im Februar hat die Gemeinsame Programmgruppe, bestehend aus Mitgliedern der WASG und unserer Partei, „Programmatische Eckpunkte“ vorgestellt. Mit den Eckpunkten liegt euch kein Programmentwurf vor. In diesem Papier wurden gemeinsame Positionen formuliert, politische Projekte, strategische Überlegungen aufgeschrieben und offene Fragen gestellt, die unter verschiedenen linken Kräften diskutiert werden.

Längst haben in den Landesverbänden die Debatten begonnen. In Brandenburg und Sachsen fanden erste Podiumsveranstaltungen statt. Einige Basisgruppen haben die Diskussion munter in ihre Hand genommen. Doch wenn wir im Herbst zu einem Resümee kommen wollen, dann müssen wir jetzt noch einen Schritt zulegen.

Im Mittelpunkt der Debatten stehen für mich folgende Fragen.

1. Welches sind die neuen Herausforderungen in der Gesellschaft, die neue Antworten auch von den Linken verlangen, und wie stellen wir uns ihnen?
2. In den Eckpunkten werden Grundpositionen der neuen Linkspartei benannt: die Orientierung auf die Verbindung von Freiheit und Gleichheit in einem modernen Gerechtigkeitsverständnis, welche die Garantie von politischen und sozialen Rechten für grundlegend und entscheidend hält, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Demokratischer Sozialismus sollte als inhaltliche Leitidee unseres Handelns auch in einer neuen linken Partei seine Verankerung finden. Wir müssen diskutieren, welchen Stellenwert der demokratische Sozialismus in unserem neuen Parteiprogramm einnehmen soll.
3. Reformprojekte, wie Arbeitszeitverkürzung, öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren, Zukunftsinvestitionsprogramm, soziale Grundsicherung, Bildung und Umwelt, gehören zum politischen Alternativangebot. Wie wollen wir an deren Realisierung herangehen?
4. Die Programmgruppe hat sich nicht in allen inhaltlichen Fragen einigen können, sondern bewusst festgehalten, wo es Dissense gibt. Dazu gehört zum Beispiel die Frage, ob wir für eine bedarfsorientierte Grundsicherung oder ein bedingungsloses Grundeinkommen eintreten. Dahinter stehen auch unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft der Arbeitswelt. Diese Dissense müssen wir weiter diskutieren,

aber im Verlauf des Programmprozesses auch einer Entscheidung zuführen.

5. Protest und Widerstand – Anspruch auf politische Gestaltung – Anstreben von Zielen, die über diese Gesellschaft hinausweisen, haben wir als „strategisches Dreieck“ unseres politischen Handelns bezeichnet. Wie wollen wir dem in unserer Politik Rechnung tragen?
6. Entscheidend für unser politisches Wirken ist der Kampf gegen Rechts extremismus, Rassismus und Antisemitismus. Wie können wir aus der aktuellen Debatte heraus – weg vom Aktionismus – zu einer dauerhaften, an die Wurzeln gehenden Veränderung dieser menschenverachtenden Lebenshaltungen kommen?

Ich werde die Landesvorstände bitten, Arbeitsgruppen zu bilden, die die Programmdebatte koordinieren, soweit sie nicht schon so arbeiten, und sie bitten, die entscheidenden Punkte aus den Diskussionen für die Gemeinsame Programmgruppe herauszuarbeiten. Zugleich werden in den Landesverbänden Referentenpools gebildet, damit ihr jederzeit Gesprächspartnerinnen und -partner für Foren und Basisveranstaltungen findet.

Das „Eckpunkte-Papier“ wurde im Pressedienst 9/2006 veröffentlicht, im Internet kann man es auch nachlesen unter <http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/index.htm> und ihr findet dort auch gleich noch interessante Kritiken und gehaltvolle Reaktionen auf das Eckpunktepapier. Anfang Juni wird ein Manifest zur Gründung einer neuen

## Unterwegs zur neuen Linken

So könnte der Ablauf und Zeitplan im Parteibildungsprozess aussehen. Die Beratungen darüber werden in den nächsten Wochen geführt.

	2006			2007		2008	2009	
	Herbst		Winter	Frühling	Sommer			
<b>WASG</b>	Länderrat	Parteitag mit Bundesvorstandswahlen				Gründungs- parteitag er neuen Linken mit Gremien- wahlen	Programm- parteitag mit Fortsetzung der Programm- debatte der neuen Linken	Wahlparteitag der neuen Linken für die Bundestags- wahl 2009
<b>Partei- bildungs- prozess</b>	Vereinbarung zum Prozess der Parteibildung;  Verfahren und Ablaufplan	Entwurf der Gründungs- dokumente (program- matische Grundsätze, Statut, Finanzordnung und Name der neuen Partei)	Diskussion der Gründungs- dokumente in beiden Parteien	Beschluss- fassung über die Gründungs- dokumente auf zwei parallel tagen- den Bundes- parteitagen von Linkspar- tei.PDS und WASG	Urabstimmung der Mitgliedschaft der beiden Parteien			

Linken erscheinen. Es ist günstig dieses Manifest in die Debatte einzubeziehen. Ein Manifest richtet sich wie ein Aufruf an die Öffentlichkeit. Als Mitglieder einer Partei stehen wir weiterhin vor der Aufgabe, die Grundpositionen der politischen Arbeit, der Strategie einer neuen Linkspartei systematisch und analytisch exakt zu entwickeln, um in einem demokratischen Prozess gemeinsam darüber zu entscheiden.

Mir ist nicht daran gelegen, dass all unsere Diskussionen einfach so „im Raum stehen bleiben“. Deshalb bemühen wir uns, dass regelmäßig in den „Kleinen Zeitungen“, im ND, in Zeitschriften wie „Utopie kreativ“, „Sozialismus“ und „Z-Marxistische Erneuerung“ über die programmatischen Veranstaltungen und Positionsbestimmungen berichtet wird. Ich will keine Eulen nach Athen tragen, aber ich gehe davon aus, dass ihr die Diskussionsveranstaltungen gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der WASG vorbereitet und durchführt.

Ein Punkt, der mir besonders am Herzen liegt: Mit unserer Programmdebatte sollten wir GewerkschafterInnen, Bewegungen, Verbände, Intellektuelle aus Kultur, Bildung und Gesundheitswesen, UnternehmerInnen, VertreterInnen der Kirchen ansprechen. Ich könnte noch mehr GesprächspartnerInnen aufzählen. Mir geht es darum, dass die innerparteiliche Auseinandersetzung zu einer neuen Programmatik transparent, öffentlichkeitswirksam und interessant gestaltet wird, dass wir neugierig sind auf Kritik und Anstöße. Auch die anderen Parteien führen ihre Programmdebatten öffentlich, das sollte uns auch gelingen.

Ich schlage vor, dass wir im Herbst 2006 auf Bundesebene eine gemeinsame Veranstaltung von Linkspartei.PDS und WASG durchführen. In Arbeitskreisen sollen erarbeitete Positionen vorgestellt werden. Arbeits- und Interessengemeinschaften, Gäste aus anderen linken Parteien, aus Bewegungen, Organisationen, Verbänden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind uns willkommen. Diese Veranstaltung ist ein Schritt auf dem Weg zu einem Gründungsdokument, über das die Mitglieder beider Parteien in Urabstimmung entscheiden werden.

Eure Ansprechpartner für die jetzige Diskussion sind die Kreisvorstände und der Landesvorstand. Die parteinahen Stiftungen haben ihre Unterstützung zugesagt. Die Mitglieder des Parteivorstands stehen euch selbstverständlich auch als ReferentInnen bzw. DiskussionspartnerInnen zur Verfügung.

Die Gemeinsame Programmgruppe ist der inhaltliche Ansprechpartner für Meinungsäußerungen. Sie plant, regelmäßig einen „Informationsreader der Gemeinsamen Programmgruppe“ herauszugeben.

Ich wünsche uns eine an- und im positiven Sinne aufregende Programmdebatte auf dem Wege zu einer neuen linken Partei in Deutschland. Die Chancen stehen gut, denn schauen wir auf die Mindestlohndebatte, auf Kritik an Rentenentscheidungen und kommender Gesundheitsreform, wir haben schon jetzt etwas im Land verändert. Gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden

in der Partei der europäischen Linken, die große Hoffnungen in die Parteineubildung setzen, haben demokratisch sozialistische Ideen und linke Politik eine Renaissance. Dafür haben wir immer gekämpft, dafür lohnt es zu streiten und Engagement für die programmatische Debatte aufzubringen.

*Mit solidarischen Grüßen*  
Lothar Bisky

## „Heißer Herbst nach eiskaltem Frühjahr“

**Interview mit Thomas Händel, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der WASG**

*Der Bundesparteitag der WASG liegt nun zwei Monate zurück. Bist Du rückblickend zufrieden mit seinem Verlauf?*

Thomas Händel: Ja, mit dem Ludwigshafener Parteitag gibt es wieder die erforderliche Klarheit im Parteibildungsprozess und einen komplett besetzten und voll handlungsfähigen Bundesvorstand. Wir haben in einer für alle sehr schwierigen Situation bewiesen, dass die WASG debattieren, aber auch Entscheidungen treffen kann, wenn es erforderlich ist. Die Beschlüsse für die neue Linke und gegen die Konkurrenz-kandidaturen waren sicher für einige schmerzhaft, aber für die gesamte Partei eminent wichtig.

*Obwohl das Landgericht Berlin die Absetzung des Landesvorstandes rückgängig machte?*

Thomas Händel: Es war das erste Mal, dass ein Gericht sich so eklatant in eine innerparteiliche, demokratische Willensbildung eingemischt hat. Wir werden die Begründung des Landgerichtes Berlin genau prüfen und dann weitersehen. Aber diese erstinstanzlich Entscheidung eines Gerichts ändert nichts an den politischen Voten des Kooperationsabkommens III, der Urabstimmung und der Parteitagsbeschlüsse für eine Fortsetzung des Parteibildungsprozesses unter Einbeziehung der sozialen Bewegungen.

*Auf dem Bundesparteitag fanden Nachwahlen zum Bundesvorstand statt. Was erwartest Du vom neuen Bundesvorstand?*

Thomas Händel: Zuerst möchte ich den ausgeschiedenen Mitgliedern des Bundesvorstandes für ihre Arbeit danken. Insbesondere Joachim Bischoff, Sabine Lösing und Björn Radtke gehören mit zu den Initiatoren der ersten Stunde und haben in den zwei Jahren wirklich sehr viel geschafft. Mit den nachgewählten Mitgliedern haben wir neue Kompetenz und Erfahrung gewonnen. Der Bundesvorstand wird nun seine Arbeit noch weiter verbessern.

*Du bist Gewerkschafter. Wird es seitens der Gewerkschaften einen heißen Herbst geben?*

Thomas Händel: Das eiskalte Frühjahr mit den skandalösen Entscheidungen der großen Koalition provoziert geradezu gewerkschaftliche Proteste und einen heißen Herbst. Die Vorbereitungen für große Demonstrationen in allen Landeshauptstädten laufen derzeit an. Für uns kommt es jetzt darauf an, diese massiv zu unterstützen. Wir wollen Nein zu den ersten Weichenstellungen der Agenda-2010-Koalition sagen und Ja zu einem gesetzlichen Mindestlohn. Es muss auch Druck aufgebaut werden gegen die Rente mit 67, für eine Umlagefinanzierung, für mehr und bessere Ausbildung sowie für eine solidarische Bürgerversicherung. Für mich gehört auch die Forderung nach eine Verlagerungsabgabe für Unternehmen dazu, die aus reiner Profitgier in Deutschland Standorte schließen.

*Noch mal zum Parteibildungsprozess, wie geht es zwischen WASG und Linkspartei nun weiter?*

Mit den Kooperationsabkommen I bis III hatten wir die ersten Schritte auf dem Weg zu einer neuen Linken vereinbart und zum Ausdruck gebracht, dass sie mehr sein muss als eine bloße Fusion. Unsere Maxime war dabei „So schnell wie möglich – so langsam, sorgfältig und offen wie nötig.“ Die Eckpunkte für ein neues Programm liegen bereits vor; weitere profunde Positionen dazu wurden schon formuliert. Im Herbst werden erste Vorschläge für die Statuten vorliegen. Unser Bundesparteitag hat uns Vorgaben gemacht: der Ablauf und das Verfahren für die nächsten Monate müssen geklärt werden. Dazu sollen die Kooperationsabkommen im Herbst mit einer Vereinbarung über den Prozess der Parteibildung fortgeschrieben werden, damit 2007 parallele Parteitage und Urabstimmungen entscheiden und wir die neue Linke gründen können. (aus „neue linke“, Zeitung der WASG, Nr. 2/ Juli 2006)

# Aufruf zur Gründung einer neuen Linken

**Vorgestellt von Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS, Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende, den Geschäftsführenden Bundesvorständen der WASG Klaus Ernst und Felicitas Weck, den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE Gregor Gysi und Oskar Lafontaine am 2. Juni 2006**

Am Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Völker der Welt näher zusammengerückt. Satellitenfernsehen, Internet, internationaler Flugverkehr und die Entwicklungen auf dem Gebiet der Atomtechnik, der Biologie und der Chemie vermitteln in bisher nicht gekanntem Ausmaß die Erfahrung, dass alle Menschen ein gemeinsames Schicksal verbindet. Die Abhängigkeiten nehmen zu. Umweltschäden in einem Land haben ebenso schädliche Auswirkungen in den Nachbarländern. Die nationalen Volkswirtschaften verschmelzen miteinander und immer neue Erfindungen führen zu einer gewaltigen Steigerung der Produktivkräfte. In weniger als einem Jahrzehnt hat sich das Weltsozialprodukt verdoppelt und der Welthandel verdreifacht. Der Energieverbrauch wächst in atemberaubendem Tempo.

Während die Industriestaaten einen immer größeren Reichtum anhäufen, sterben Tag für Tag hunderttausend Menschen, weil sie zu wenig zu essen haben. Alle zehn Sekunden verhungert ein Kind, obwohl nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO zwölf Milliarden Menschen satt werden könnten.

Hunger und Unterernährung sind das Ergebnis einer barbarischen Weltwirtschaftsordnung. Der Kapitalismus ist auf seine ständige Expansion angewiesen. Er erobert Absatzmärkte und Rohstoffquellen, auch mit militärischer Gewalt. Ob Afghanistan oder Tschetschenien, Irak oder Iran, Syrien oder Saudi-Arabien, es geht nicht um Freiheit und Demokratie, sondern um die Öl- und Gasvorräte des vorderen Orients und der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres. Im rücksichtslosen Kampf um Macht und Einflussphären missachten vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika die Menschenrechte und die Genfer Konventionen. Sie schieben das internationale Recht zur Seite und kündigen die Norm des Völkerrechts, die jeden Angriffskrieg verbietet. Nach der neuen Doktrin haben Staaten, die vorgeben, sich bedroht zu fühlen, das Recht, andere anzugreifen. Dieser Raubtierkapitalismus führt in weiten Teilen der Welt zu bitterer Armut und zum Terrorismus. Die USA bekämpfen diesen Terrorismus mit völkerrechtswidrigen Kriegen, in denen viele tausende unschuldiger Menschen ums Leben kommen. Sie setzen die Spirale der Gewalt fort und erzeugen dadurch immer wieder neue Bereitschaft zum Terrorismus.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist eine Gesellschaftsordnung gescheitert, in die viele Menschen große Hoffnungen gesetzt hatten. Im Bestreben, allen ihren Bürgerinnen und Bürgern Lebenschancen und Arbeit zu geben und den Wohlstand gerecht zu verteilen, missachteten die osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion die beiden großen Maximen Rosa Luxemburgs: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.“ „Keinen Sozialismus ohne Demokratie und keine Demokratie ohne Sozialismus.“ Die im Vergleich zu den westlichen Ländern deutlich schlechtere ökonomische Ausgangslage und das wenig effektive Wirtschaftssystem zwangen die staatssozialistischen Länder sich im Westen stark zu verschulden, um den Lebensstandard ihrer Bevölkerungen zu heben. Trotz unbestreitbarer Fortschritte bei der Herstellung sozialer Gleichheit, der Überwindung von Bildungsprivilegien und der Gleichstellung der Frau erstarrten sie zu Systemen bürokratischer Bevormundung, fielen wirtschaftlich zurück und verloren in zunehmendem Maße die Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Das Scheitern dieser Versuche, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, die Verbrechen des Stalinismus und das Unrecht der Einparteiendiktaturen entbinden die Linke nicht von der Verantwortung, einen neuen Anlauf zu machen, um die Barbarei der kapitalistischen Gesellschaft zu überwinden. Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. In einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft ist die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet.

Der Menschheitstraum von einer Weltgesellschaft der Freien und Gleichen lebt. In Südamerika kommen sozialistische Präsidentinnen und Präsidenten an die Macht. Sie wollen die Nutzung der Rohstoffe ihrer Länder nicht länger internationalen Konzernen überlassen. Sie setzen auf die Demokratie und eine gerechtere Gesellschaft.

In Europa übernahmen am Ende des 20. Jahrhunderts sozialistische und sozialdemokratische Parteien Regierungsverantwortung. Sie waren aber zu schwach, sich dem immer ungehemmter agierenden Kapitalismus in den Weg zu stellen. Vielmehr unterwarfen sie sich

willfährig den multinationalen Konzernen und den Imperativen der internationalen Finanzmärkte. Deregulierung, Privatisierung, Abbau von Demokratie, Steuerenkungen für Konzerne und Reiche und Kürzungen sozialer Leistungen waren die neuen Heilsbotschaften. Der Neoliberalismus, ursprünglich nur eine Wirtschaftstheorie, wurde zur Ersatzreligion. Er korrumpiert die Sprache und damit auch das Denken.

Die neoliberalen Ideologen sprechen vom Umbau des Sozialstaates und meinen seinen Abbau. Sie reden von zukunftsweisenden Reformen und meinen die Kürzung sozialer Leistungen. Der Kündigungsschutz wird verwässert, die Tarifverträge werden durchlöchert und die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge werden verkauft. Zunehmend mehr Menschen arbeiten in ungesicherten, schlecht bezahlten Jobs, in denen sie schamlos ausgebeutet oder zur Selbstaubeutung gezwungen werden. Die sozialen Sicherungssysteme, die den Menschen Schutz und soziale Rechte geben sollen, werden privatisiert. Höhepunkt dieser Entwicklung in Deutschland sind die von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen beschlossenen Hartz-Gesetze und die Agenda 2010.

Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Durch den Anstieg der Produktivität werden immer mehr Dienstleistungen und Produkte von immer weniger Beschäftigten bereitgestellt. Dieser Fortschritt sollte allen zu gute kommen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Bei Erwerbstätigen wachsen Stress und Arbeitszeit. Erwerblose werden unter Druck gesetzt und ausgegrenzt. Der Arbeitsmarkt wird flexibilisiert und den Beschäftigten eine extreme Mobilität abverlangt. Befristete Arbeitsverträge, Arbeitszeiten rund um die Uhr und immer längere Wege zum Arbeitsplatz zerstören das Familien- und Gemeinschaftsleben. Die mit der Deregulierung und Flexibilisierung einhergehende Auflösung sozialer Bindungen und Lebenswelten verändert die Menschen und setzt bei ihnen zerstörerische Potenziale frei. Millionen Menschen sind arbeitslos und haben das Gefühl, von der Gesellschaft nicht mehr gebraucht zu werden. Während die Konzerngewinne und die Vermögenseinkommen immer neue Rekorde brechen, sinken die Löhne. Arbeitslosengeld und Renten werden gekürzt. Im Zuge dieser Entwicklung geht die Wahlbeteiligung zurück und rechte Parteien haben Zulauf. Die neoliberal gewendete Sozialde-

mokratische Partei Deutschlands verliert Mitglieder und Wählerinnen und Wähler. Sie, die einst für Frieden und soziale Gerechtigkeit stand, befürwortet ebenso wie CDU/CSU, FDP und Grüne völkerrechtswidrige Kriege, eine niedrige Staatsquote und ständige Einschnitte ins soziale Netz.

Der Zeitpunkt ist gekommen, die versprengten Kräfte der Linken zu sammeln. Die aus der SED hervorgegangene PDS hat sich verändert. Sie hat viele neue Mitglieder gewonnen und ist zu einer demokratischen sozialistischen Partei geworden. Diesen Veränderungen entspricht ihr neuer Name: Linkspartei. Die WASG wurde vor allem von enttäuschten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie Vertreterinnen und Vertretern sozialer Bewegungen gegründet. Über vier Millionen Wählerinnen und Wähler gaben Linkspartei und WASG bei der Bundestagswahl 2005 den Auftrag, eine neue linke Partei zu gründen.

DIE LINKE versteht sich als Sammlungsbewegung von Menschen unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft, die für mehr soziale Gerechtigkeit kämpft. Sie will eine solidarische Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. Sie will eine offene Gesellschaft, in der die Menschen, unabhängig von Herkunft und Hautfarbe, Religion und Staatsbürgerschaft, Geschlecht und sexueller Orientierung die gleichen Rechte und Chancen haben.

DIE LINKE will mehr Demokratie wagen und tritt für den Ausbau der Grund- und Freiheitsrechte ein. Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, über Volksbegehren und Volksentscheide an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen mitzuwirken. Politisches Engagement findet seinen Ausdruck nicht nur in der Mitgliedschaft in einer Partei, sondern auch in der Mitarbeit in einer Nichtregierungsorganisation und in sozialen Bewegungen. DIE LINKE wird die Forderungen der außerparlamentarischen Bewegungen aufgreifen und deren Mitwirkung am politischen Entscheidungsprozess unterstützen.

DIE LINKE will die Fehler traditioneller kapitalismuskritischer Organisationen nicht wiederholen und sich nicht in das globalkapitalistische System einbinden lassen. Sie stützt sich auf die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und die gesetzlich geregelten staatlichen Zuschüsse.

Ihre Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind den demokratischen Beschlüssen der Parteigremien und den vor Wahlen gegebenen Versprechen verpflichtet. Sie betätigen sich im Gegensatz

zu den Vertreterinnen und Vertretern anderer Parteien nicht als Lobbyisten von Konzernen oder Wirtschaftsverbänden.

DIE LINKE setzt auf das friedliche Zusammenleben der Völker. Sie will, dass Außenpolitik Friedenspolitik ist und fordert eine präventive Politik zur Konfliktvermeidung. Sie verurteilt imperialistische Kriege um Absatzmärkte und Rohstoffe und verteidigt das Recht der Völker, selbst über die Nutzung ihrer Reichtümer verfügen zu können. Sie besteht auf der Einhaltung des Völkerrechts



und des Atomwaffensperrvertrages. So lange die Atomkräfte ihre nuklearen Arsenale nicht abrüsten, werden sich andere Staaten Atomwaffen zulegen.

DIE LINKE bekennt sich zum demokratischen Sozialismus. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Weil der Schwächere nur frei sein kann, wenn ihn Gesetze und Regeln vor der Willkür der Stärkeren schützen, setzt sie auf Regulierung statt auf Deregulierung. Den moralischen Grundwerten der Gesellschaft soll auch in der Wirtschaft Geltung verschafft werden. Gesetze und Regeln müssen sicherstellen, dass die Kapitalverwertung dem Gemeinwohl verpflichtet ist, wie es das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verlangt. Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge müssen in öffentliche Eigentumsformen überführt werden und demokratischer Kontrolle unterliegen.

DIE LINKE kämpft für die Gleichstellung von Männern und Frauen. Die Frauenbewegung ist eine ihrer politischen Wurzeln. Deshalb streitet sie für soziale Sicherungssysteme, die von einem individuellen Rechtsanspruch ausgehen. Dieser soll auch für das Sozial-, Steuer- und Arbeitsrecht gelten. Die LINKE will die lohnpolitische Gleichstellung der Frau. Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen in Deutschland deutlich weniger Lohn erhalten.

DIE LINKE will die Herstellung gleicher Lebensbedingungen in Ost und

West. Die neoliberale These, wonach sich durch niedrigere Löhne und längere Arbeitszeiten die Arbeitslosigkeit überwinden ließe, ist durch die Entwicklung in den ostdeutschen Ländern eindeutig widerlegt. Die Arbeitslosigkeit war und ist in den neuen Ländern doppelt so hoch wie im Westen. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Menschen in Ost und West gleich behandelt werden bei Einkommen, sozialen Leistungen und Renten. Positive kulturelle und soziale Erfahrungen der Ostdeutschen wie längeres gemeinsames Lernen müssen auf ganz Deutschland übertragen werden.

DIE LINKE will eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen, vor allem im Öffentlichen Dienst und im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Sie will eine Wirtschaftsordnung, die allen Menschen die Möglichkeit gibt, sich am Erwerbsleben zu beteiligen. Erzwungene Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, der oft zu Vereinsamung und Ausgrenzung führt, auch wenn es jenseits der klassischen Erwerbsarbeit sinnvolle Tätigkeiten gibt, die wir fördern wollen. Die Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Reichtums soll in erster Linie die lebedige Arbeit belohnen und nicht das tote Kapital. Eine Wirtschaftspolitik nach dem Vorbild skandinavischer Staaten verbindet einen hohen Beschäftigungsstand mit einem dicht geknüpften sozialen Netz. Überdurchschnittliche Investitionen in Bildung und Forschung und in die öffentliche Infrastruktur sowie ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst bilden in diesen Ländern die Grundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung und einen steigenden Wohlstand. DIE LINKE tritt für eine Finanz- und Steuerpolitik ein, die es dem Staat ermöglicht, seinen Aufgaben nachzukommen. Durch gerechtere Steuern und Abgaben will sie die hohen Einkommen und die großen Vermögen an der Finanzierung der Staatsaufgaben angemessen beteiligen. Eine fünfprozentige Besteuerung des Geldvermögens der reichsten Deutschen brächte jährlich einhundert Milliarden Euro zusätzlich für die öffentlichen Kassen.

DIE LINKE will Schluss machen mit einer Politik, die das öffentliche Vermögen verkauft und damit die Bevölkerung enteignet. Statt der neoliberalen Privatisierung will sie die gesellschaftliche, das heißt die staatliche und kommunale Verantwortung für Bildung und Gesundheit, für Wasser- und Energieversorgung, für Stadtentwicklung und Wohnungen, für öffentlichen Nah- und Fernverkehr, sowie für wichtige Teile der Kultur. Gewählte Repräsentanten sollen die örtliche Daseinsvorsorge gestalten. Der Abbau von Stellen im Öffentlichen

Dienst vergrößert die Arbeitslosigkeit. In kaum einer anderen Industriegesellschaft – nicht in den USA, auch nicht in Großbritannien und schon gar nicht in den skandinavischen Ländern – arbeiten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten so wenige Bürgerinnen und Bürger im Öffentlichen Dienst wie in Deutschland.

DIE LINKE tritt für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ein: Um die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu erhalten, müssen wir nachhaltig wirtschaften und mit der Atmosphäre, dem Wasser und der Erde verantwortungsbewusst umgehen. Gerade die führenden Industrienationen, die am meisten zur Verschmutzung von Luft und Wasser beitragen, sind verpflichtet, ihren Umgang mit den natürlichen Ressourcen grundlegend zu verändern.

DIE LINKE lehnt die Stromerzeugung aus Atomenergie ab. Im internationalen Verteilungskampf um die knapper und teurer werdenden Energieträger darf die Umwelt nicht geopfert werden. Die Probleme der Energieversorgung nehmen zu. Energie muss für alle bezahlbar und ihre Gewinnung umweltverträglich sein. Deshalb darf die Energiewirtschaft nicht den Gesetzen des kapitalistischen Profitdenkens untergeordnet werden. Die Energiepreise müssen vom Staat genehmigt werden. Umweltfreundliche Energieträger und Technologien müssen Atomtechnik und schrittweise auch fossile Brennstoffe ersetzen.

DIE LINKE will die Wirtschaftsdemokratie. Die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften sollen wie in anderen europäischen Ländern das Recht auf einen politischen Streik, den Generalstreik haben. Auch die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer in den Unternehmen müssen erweitert werden. Über die für die Zukunft eines Unternehmens existenziellen Entscheidungen muss die Belegschaft abstimmen können. Die LINKE tritt für ein erneuertes Verständnis von Solidarität zwischen Vollzeitbeschäftigten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit ungesicherten Arbeitsverhältnissen und Erwerbslosen ein.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung führt zur Konzentration des Vermögens in den Händen einer Minderheit. Fünfhundert Konzerne kontrollieren die Hälfte des Weltsozialproduktes. Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht gefährdet die Demokratie. Macht, die demokratisch nicht legitimiert ist, darf die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht bestimmen. DIE LINKE will das Primat der Politik. Stark konzentrierte Wirtschaftsbereiche müssen entflochten werden. Aus diesem Grund wollen wir die Kartellgesetzgebung verschärfen. Nur dann können Markt und Wettbewerb ihre

Wirkung entfalten und den gesellschaftlichen Wohlstand steigern. Markt und Wettbewerb führen nicht nur zu einer effizienten Wirtschaft, sondern ebenso zur Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen und damit zur Einschränkung wirtschaftlicher Macht. DIE LINKE setzt daher vorrangig auf die Förderung der 2,9 Millionen Unternehmen, die weniger als 10 Millionen Euro Umsatz machen, und der über eine Million Kleinbetriebe, die in Deutschland weniger als zehn Beschäftigte haben.

DIE LINKE widersetzt sich dem sozialen Kahlschlag. Sie will den Sozialstaat verbessern und die Systeme der sozialen Sicherheit so erneuern, dass sie den Herausforderungen der Zukunft in einer sich verändernden Arbeitswelt standhalten. Sie sollen auf einer Bürgerversicherung beruhen, die durch eine Abgabe auf alle Einkommen finanziert wird. Mit der Bürgerversicherung wird die Alterssicherung wieder auf verlässliche Füße gestellt. Die Vermeidung von Altersarmut der Rentnerinnen und Rentner und der Kampf gegen die immer ungleicher werdende Einkommensverteilung im Alter stehen dabei im Mittelpunkt. Ein gesetzlicher Mindestlohn und eine repressionsfreie soziale Grundsicherung sollen allen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, auch denen, die nicht lange genug in die Sicherungssysteme einzahlen konnten. Die Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ausgebaut werden. Dabei orientiert sich DIE LINKE am Leitbild eines demokratischen Sozialstaates und tritt für soziale Mindeststandards ein, die gegen Armut schützen und die die Teilhabe an der Demokratie ermöglichen.

DIE LINKE tritt für Chancengleichheit in der Bildung ein und wendet sich gegen jede elitäre Ausgrenzung. Von der Kindertagesstätte bis zum Lernen

als lebenslangem Prozess müssen die institutionellen, materiellen und kulturellen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass alle ihre Talente und Begabungen entwickeln und nutzen können. DIE LINKE fordert mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung und das Recht auf kostenfreie Kita-Plätze und Lernstandards für Kindertagesstätten. Sie sollen sicherstellen, dass Kinder unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Lernvoraussetzungen erhalten, bevor sie in die Schule kommen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, das dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen und ein integratives Gesamtschulsystem einzuführen. Dieses soll sich in der personellen und materiellen Ausstattung wie auch in den Lernfeldern – intellektuelles, kognitives und musisches Lernen – an dem finnischen Bildungssystem orientieren. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür und für die Ermöglichung der Berufstätigkeit der Eltern ist die Umstellung von Halbtags- auf Ganztagschulen.

DIE LINKE will Informationsfreiheit. Sie wendet sich gegen jede Monopolbildung im Bereich der Massenmedien. Journalistische und kulturelle Vielfalt müssen durch Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und den Ausbau der inneren Pressefreiheit gefördert werden. Die Verflechtung von publizistischer und politischer Macht stellt eine Gefährdung der Demokratie dar. Der „Informationskapitalismus“ ist keine bloße Fiktion, sondern wird zur bedrohlichen Realität, wenn Produktion, Distribution und Speicherung von Informationen in Monopolen konzentriert werden und das kollektive Gedächtnis der Menschheit in Gestalt der Schrift und der Speicherung audio-visueller Zeichen privatisiert wird.

DIE LINKE will ein vereintes Europa. Ihr ist bewusst, dass die Ver-

### Powerpoint-Präsentation zu den Programm-Eckpunkten

Der WASG-Kreisverband Schwäbisch Hall / Hohenlohe hat im Juni zum Papier „Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ sowie dem „Manifest“ für eine neue Linke ein Seminar durchgeführt. Dazu gibt es eine Powerpoint-Präsentation. Diese Präsentation beinhaltet eine Darstellung der Inhalte als auch die Arbeitsgruppenergebnisse. Der Ablauf des Seminars war folgendermaßen:

- 1) Einstieg zu den Punkte I bis III des Eckpunktepapieres sowie eine Kurzzusammenfassung des Manifestes
- 2) je drei Arbeitsgruppen vormittags und nachmittags mit je einem Moderator/ einer Moderatorin. Herausarbeiten eigener Positionen zu den jeweiligen Themen (Überschriften der Punkte 1 bis 8). Danach abgleichen, inwieweit sich unsere Positionen im Eckpunktepapier wiederfinden. Kurze Darstellung aus den Arbeitsgruppen und Diskussion im Plenum

Das Ergebnis der Arbeitsgruppen ist in der Präsentation enthalten. Diese Arbeitsgruppenergebnisse können aus der Präsentation herausgenommen werden, dann kann die Präsentation als Vorstellung des gesamten Eckpunktepapier und des Manifestes benutzt werden. Die Präsentation kann über die Landesbüros von WASG und Linkspartei abgerufen werden.

Heidi Scharf



wirklichung dieser Vision nur auf einer sozialstaatlichen Grundlage gelingen kann. Das Zusammenleben der Europäerinnen und Europäer sollen Verträge und Gesetze regeln, die den Dumping-Wettbewerb zwischen den Ländern unterbinden, indem sie Mindeststandards für Grundrechte, Löhne, soziale Leistungen, Steuern und Umweltschutz vorschreiben.

Die Antwort auf die Europäisierung der politischen Auseinandersetzungen und der sozialen Kämpfe ist eine europäische Linkspartei, die die politische Alternative zum Europa der Neoliberalen entwickelt.

DIE LINKE tritt in Kommunalparlamenten und Landtagen, im Bundestag, im Europäischen Parlament sowie in außerparlamentarischen Bewegungen für ihre Ziele ein. Sie widersetzt sich der neoliberalen Politik und will deren Hegemonie brechen. Dazu bedarf es einer Politik, die den Zeitgeist verändert. Protest, Mitgestaltung und Alternativen, die über den Kapitalismus hinausweisen, bilden in der Arbeit der Linken eine strategische Einheit. Sie übernimmt dann Regierungsverantwortung, wenn sie die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern und alternative Entwicklungspfade öffnen kann. Sie wird aber nur unter Beachtung ihrer Grundsätze Koalitionen mit anderen Parteien eingehen. Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht privatisiert werden. Der Personalabbau in Bund, Ländern und Gemeinden muss generell gestoppt und ebenso die Kürzung sozialer Leistungen verhindert werden.

Gegen die Übermacht des Kapitals lassen sich demokratischer Fortschritt und die Verbesserung der Lebensverhältnisse für eine große Mehrheit nur in einem breiten Reformbündnis erreichen. In der ganzen Welt formiert sich Widerstand gegen den entfesselten, neoliberalen Kapitalismus. Auch in Deutschland sind alle, die ein friedlicheres, gerechteres, ökologischeres und sozialeres Zusammenleben der Menschen wollen, aufgerufen, bei der Gründung der neuen linken Partei mitzuarbeiten. Berlin, 2. Juni 2006

*Die gemeinsame Steuerungsgruppe machte am 7. Juni folgenden Vorschlag für den weiteren Zeitplan, über den die Parteivorstände am 12.6. bzw. 1./2.7. beschließen:*

- Vereinbarung zum Prozess der Parteibildung; Verfahren und Ablaufplan
- Entwurf der Gründungsdokumente (Herbst 2006)
- anschließende Diskussion der Gründungsdokumente auf zwei parallel tagenden Bundesparteitagen von Linkspartei.PDS und WASG (Frühjahr 2007)
- Urabstimmung der Mitgliedschaft der beiden Parteien
- Gründungsparteitag (Mai/Juni 2007)

Antrag der Abgeordneten Werner Dreibus, Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Karin Binder, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion Die Linke

## Für einen sozial gerechten Mindestlohn in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Mehr als 6 Millionen Beschäftigte arbeiten derzeit Vollzeit zu Niedriglöhnen (weniger als drei Viertel des durchschnittlichen Bruttoeinkommens in Deutschland). Darunter sind mehr als 3 Millionen Beschäftigte, davon mehr als 70 Prozent Frauen, die sich mit einem Armutslohn (weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Bruttoeinkommens) begnügen müssen. Darüber hinaus arbeiten mehrere Millionen Menschen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und in Teilzeit zu Prekär- und Armutslöhnen. Auch hiervon sind überwiegend Frauen betroffen.

- Zur Eindämmung von Niedriglohnbeschäftigung tragen Mindeststandards für die Entlohnung bei.

- Mindestlohnregelungen, die auf einer tariflichen Lohnfindung basieren, können diesen Anspruch unter den Bedingungen der fortschreitenden Erosion der tariflichen Lohnfindung allein nicht erfüllen. Die Ausbreitung tariffreier und sog. tarifschwacher Zonen macht eine Ergänzung und Stabilisierung der tariflichen Lohnfindung durch einen gesetzlichen Mindestlohn notwendig.

- Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist zudem eine notwendige Maßnahme zur Verringerung der Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern, die in Deutschland im europäischen Vergleich besonders hoch ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Einführung eines Systems dualer Mindestlöhne zum 1. Januar 2007 sicherstellt.

Das System dualer Mindestlöhne zeichnet sich aus durch die Kopplung eines gesetzlich festgelegten Mindestlohns mit tariflich vereinbarten und per Gesetz fixierten, branchenbezogenen Mindestlöhnen. Der gesetzliche Mindestlohn bildet die allgemeine Untergrenze der Entlohnung. Liegen die untersten Tarifentgelte einer Branche über dieser gesetzlichen Mindestanforderung, erklärt sie der Gesetzgeber auf Antrag einer der Tarifparteien zum Mindestlohn der jeweiligen Branche.

Diesem Grundsatz entsprechend soll der Gesetzentwurf für einen dualen Mindestlohn folgende Eckpunkte aufweisen:

a) Über ein Mindestentgeltgesetz wird ein allgemeingültiger Bruttostundenlohn als gesetzlicher Mindestlohn festgesetzt. Der gesetzliche Mindestlohn gilt für alle in Deutschland abhängig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

b) Das Gesetz bestimmt als Einstieg in den gesetzlichen Mindestlohn einen Lohn von 8 Euro brutto pro Stunde.

Nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist dieser mindestens jährlich anzupassen. Die Anpassungen folgen dem Grundsatz, dass



26. JUNI 2006 - HAMBURG: **Wachleute demonstrieren für Mindestlohn.** Etwa 70 Wachleute demonstrierten am Donnerstag auf dem Hamburger Rathausmarkt für faire Entlohnung. Dazu aufgerufen hatte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Unterstützt wurde der Protest von Betriebsräten des Verlagshauses Gruner + Jahr und vom Alsterhaus. Zugegen war auch ein Kollege aus den USA von der Gewerkschaft SCIU, der über die Erfahrungen mit dem Mindestlohn in seinem Heimatland berichtete. Aktive aus Linkspartei und WASG waren mit einem Transparent an der Aktion beteiligt.

Vollzeiterwerbsarbeit ein Einkommen oberhalb der Grenze für Armutslöhne (50 Prozent des Durchschnittseinkommens aus abhängiger Erwerbsarbeit) ermöglichen muss.

Das Gesetz sieht die Möglichkeit einer zeitlich befristeten, stufenweisen Einführung des Mindestlohns in Unternehmen derjenigen Branchen vor, die nicht kurzfristig dazu in der Lage sind, ihren Beschäftigten einen Mindestlohn von 8 Euro zu zahlen.

c) Das Mindestentgeltgesetz regelt gleichzeitig, dass in den Branchen, in denen die tariflich vereinbarten Mindestentgelte über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, diese Tarife als allgemeinverbindlich für die jeweiligen Branchen erklärt werden.

Zu diesem Zweck wird das Arbeitnehmerentgeltgesetz (AEntG) so verändert, dass die bisherige Beschränkung auf spezielle Branchen aufgehoben wird. Ebenso muss der Gesetzgeber im Rahmen des Mindestentgeltgesetzes sicherstellen, dass die in Branchentarifverträgen festgelegten untersten Entgelte – unabhängig vom regionalen Geltungsbereich der Verträge – auf Antrag einer Tarifpartei vom Bundesminister für Arbeit und Soziales per Rechtsverordnung als allgemeinverbindlich erklärt werden können.

d) Das Mindestentgeltgesetz legt fest, dass die Modalitäten der Einführung und der Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns von der Bundesregierung erst nach der Konsultation der Tarifparteien und wissenschaftlicher Expertinnen und Experten bestimmt werden. Dazu wird ein nationaler Mindestlohnrat eingerichtet, dessen Mitglieder auf Vorschlag der Tarifparteien vom Bundesminister für Arbeit und Soziales ernannt werden. Der Rat wird paritätisch (Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Wissenschaft) und geschlechterparitätisch besetzt.

Neben den Empfehlungen für die jährlichen Anpassungsschritte erarbeitet der Mindestlohnrat konkrete Vorschläge für die stufenweise Einführung des Mindestlohns in den Branchen, in denen der Lohn bislang deutlich unter der Einstiegsgröße von 8 Euro liegt.

Zu den weiteren Aufgaben des Mindestlohnrates gehören regelmäßige, geschlechtersensible Untersuchungen der Entwicklung des Niedriglohnssektors, der Wirkung des Mindestlohns auf die Wirtschafts-, Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung, die Gleichstellung der Geschlechter sowie Untersuchungen der Wettbewerbssituation der betroffenen Branchen und Unternehmen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird der Mindestlohnrat durch den Bund entsprechend materiell ausgestattet.

e) Zur wirksamen Durchsetzung des Mindestlohns definiert das Gesetz Kontrollmechanismen, Sanktionen bei

Verstößen und es räumt die Möglichkeit der Verbandsklage ein;

2. bei der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns solche Konzepte zurückzuweisen, die eine nicht armutssichere Höhe von Mindestlöhnen (unter 8 Euro) erlauben, die nicht alle in Deutschland Beschäftigten erfassen, die die Einführung von Mindestlöhnen mit der Zahlung von Lohnsubventionen verbinden (Kombilohn) und die Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigung zum Ziel haben.

#### **Begründung**

1. Mit der Verankerung des dualen Mindestlohns sollen in erster Linie die Ausbeutung von Lohnabhängigen beschränkt und Arbeit ohne Armut garantiert werden: Ein Lohn, der Arbeit ohne Armut ermöglicht, stellt die Mindestanforderung an eine sozial gerechte Gegenleistung für Erwerbsarbeit dar. Bei einer Vollzeitbeschäftigung muss ein Arbeitseinkommen oberhalb der Grenze für Armutslöhne erzielt werden. Die international übliche Grenze für Armutslöhne liegt bei 50 Prozent des Durchschnittseinkommens für eine Vollzeitbeschäftigung.

Mit der Einführung einer Untergrenze für Erwerbseinkommen würde der duale Mindestlohn dem seit Jahren anhaltenden Rückgang der Real- und Nominaleinkommen in allen Einkommensbereichen entgegenwirken, indem er der weit verbreiteten Praxis des Lohndumpings einen wirksamen Riegel vorschleibt.

2. Mit dem Einstieg von 8 Euro brutto pro Stunde würde gegenwärtig ein Einkommen ermöglicht, das mindestens auf der Höhe der Pfändungsfreigrenze (derzeit 985 Euro) liegt. Mit der Pfändungsfreigrenze hat der Gesetzgeber eine Schwelle angegeben, unter die das Einkommen aus Arbeit auch dann nicht

sinken darf, wenn der Arbeitende verschuldet ist. Mit 8 Euro Stundenlohn würde sich Deutschland im Mittelfeld seiner westeuropäischen Nachbarländer bewegen. Der Einstieg in den Mindestlohn mit 8 Euro berücksichtigt außerdem, dass das Ziel von Löhnen oberhalb von 50 Prozent des Durchschnittseinkommens (derzeit wären das 8,80 Euro pro Stunde) dann zu erreichen ist, wenn den Unternehmen eine Anpassungsphase ermöglicht wird.

3. Mit der Definition eines Stundenentgelts als gesetzlichen Mindestlohn wird der fortschreitenden Ausdifferenzierung von Beschäftigungsformen Rechnung getragen. Ein Stundenentgelt erfasst neben Vollzeiterwerbstätigkeit auch Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse, befristete Beschäftigungsverhältnisse, Scheinselbstständige, Mini- und Midijobs etc.

4. Der gesetzliche Mindestlohn ist bundesweit einheitlich. Damit unterstützt er die Gleichstellung von Männern und Frauen (zwei Drittel der Beschäftigten im Niedriglohnsektor sind Frauen), die Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Ost und West und er verleiht dem Sozialstaatsprinzip Ausdruck, nach dem der Staat allen arbeitenden Menschen einen gerechten, menschenwürdigen Lohn ermöglichen soll. Die duale Struktur des Mindestlohns verhindert einerseits flächendeckend Armutslöhne und sie ermöglicht andererseits eine Differenzierung von Löhnen entsprechend den unterschiedlichen Produktivitätsniveaus von Branchen – der duale Mindestlohn differenziert auf stabiler Grundlage.

5. Die Einführung, Anpassung und Ausgestaltung der gesetzlichen Säule des Mindestlohns erfolgt so, dass die Normsetzungskompetenz der Tarifparteien bei der Lohnfindung gewahrt wird. Der Mindestlohnrat stützt durch die Einbindung der Tarifparteien das Gebot der Tarifautonomie. Mit der tariflichen Säule des Mindestlohns wird die Tarifautonomie gestärkt und eine branchenbezogene Ausgestaltung von Mindestlöhnen ermöglicht.

6. Mit der Verbesserung der Einkommen durch den dualen Mindestlohn würden auch die Zuflüsse der Sozialversicherungssysteme erhöht und die öffentlichen Haushalte durch die Verringerung von Transferzahlungen an Bezieher niedrigster Löhne entlastet. Der duale Mindestlohn würde die Lohnkonkurrenz zwischen Unternehmen begrenzen, die Produktivitätsentwicklung in den betroffenen Unternehmen anregen und über die Stärkung der Einkommen für eine verbesserte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sorgen.

7. In 18 von 25 EU-Staaten gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn. Bei unseren westeuropäischen Nachbarn

#### **21. Okt. Aktionstag: „Große Reformen gegen kleine Leute“**

Unter dem Titel „Große Reformen gegen kleine Leute“ fand am 11. Juli eine Fachtagung des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg statt. Behandelt wurden die Themen Erhöhung des Rentenalters, Gesundheitsreform, und Kündigungsschutz. Rainer Bliesener, DGB-Landesvorsitzender, kritisierte die Vorhaben der Großen Koalition als „Große Reformen gegen kleine Leute“. In seinem Redebeitrag warb er für eine Doppelstrategie: Gespräche mit der Regierung und nachdrückliche Proteste. Bliesener kündigte bundesweit einen Aktionstag am 21. Oktober an mit mehreren regionalen Demonstrationen. Für Stuttgart ist bereits der Schlossplatz als Kundgebungsort vorgemerkt.

liegt dieser derzeit zwischen 7,36 und 8,69 Euro. Die Erfahrungen bezüglich einkommens- und arbeitsplatzbezogener Wirkungen sind durchweg positiv. Sowohl für die USA als auch für Großbritannien weisen aktuelle Untersuchungen nach, dass durch die Einführung oder die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns die Beschäftigung nicht abgenommen hat, aber die Einkommenssituation vieler Menschen deutlich verbessert wurde: Allein in Großbritannien hat sich seit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 1999 die wirtschaftliche Situation von über 1 Million Beschäftigten verbessert.

8. Zur Weiterentwicklung der europäischen Integration bedarf es auch einer europäischen Mindestlohnpolitik. Nur so lässt sich eine Lohnkonkurrenz auf dem Rücken der Beschäftigten vermeiden. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland unterstützt den Integrationsprozess. Sie schafft eine Voraussetzung für die Festlegung europaweit einheitlicher Kriterien zur Bestimmung der Höhe nationaler Mindestlöhne. Damit würde ein bedeutender Schritt zur Umsetzung der – in der EU-Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 erhobenen – Forderung getan, wonach allen Beschäftigten ein gerechtes Arbeitsentgelt zu garantieren ist.

9. Mit der Möglichkeit einer stufenweisen Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Unternehmen derjenigen Branchen, die nicht kurzfristig dazu in der Lage sind, ihren Beschäftigten einen Mindestlohn von 8 Euro zu zahlen, erhalten die betroffenen Unternehmen die Möglichkeit, die Lohnsteigerungen aus eigener Kraft zu bewältigen (beispielsweise durch Produktivitätssteigerung), ohne in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu kommen. Zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns sollen keine direkten oder indirekten Lohnsubventionen gezahlt werden. Lohnsubventionen würden Mitnahmeeffekte erzeugen und zur Verdrängung regulärer durch subventionierte Beschäftigungsverhältnisse führen. Die mittelfristigen Folgen dieser Effekte wären die Absenkung des gesamten Lohngefüges und die Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigung: Für die Unternehmen bedeutet die Subventionierung der untersten Einkommensklasse de facto eine Absenkung der dort gezahlten Löhne. In der Folge werden Unternehmen versuchen, neue Beschäftigte verstärkt in die unterste Einkommensklasse einzuordnen, um Lohnsubventionen zu erhalten. Durch die Absenkung der Löhne entstünde zudem für die Unternehmen ein Anreiz, die unmittelbar über den subventionierten Einkommen liegende Tätigkeiten in die unterste, die subventionierte, Einkommensklasse herabzustufen.

## Gegen die Lohnschere zwischen Frauen und Männern

von Karin Binder

Der Niedriglohnsektor ist eine Frauendomäne. Zwei Drittel der Vollzeitbeschäftigten in diesem Bereich sind weiblich. Der Frauenanteil der vielen Teilzeitbeschäftigten dürfte noch darüber liegen. Niedriglöhne sind vor allem in Dienstleistungsberufen mit hohem Frauenanteil verbreitet. Auch unter denen, die mit Armutslöhnen auskommen müssen, sind 70 Prozent Frauen. Wie man es dreht und wendet: vor allem Frauen sind die Verliererinnen der Niedriglohnpolitik dieser deutschen Regierung, der alten wie der neuen.



### Tariflöhne schützen Frauen nicht per se vor Ausbeutung

Betroffen sind vor allem Berufe, die

überwiegend von Frauen ausgeübt werden. Es gibt beispielsweise 98,5 Prozent Arzthelferinnen und nur 1,5 Prozent Arzthelfer, 80 Prozent Frisörinnen und nur 20 Prozent Frisöre. Nach dem neuen ver.di-Tarifvertrag verdient eine Friseurin in Baden-Württemberg künftig im ersten Berufsjahr um die 8 Euro pro Stunde, in Sachsen bekommt sie dagegen nur skandalöse 3,82 Euro. Acht Euro Stundenlohn kämen vielen Beschäftigten zu Gute, deren derzeitige Tariflöhne viel zu niedrig sind um von der eigenen Arbeit leben zu können. Für sie ist wichtig, dass ein gesetzlicher Mindestlohn über diesen zu niedrigen Tariflöhnen ange-setzt wird. Der gesetzliche Mindestlohn würde jedoch besonders den zahlreichen Berufsgruppen helfen, die bisher ganz ohne tarifliche Absicherung arbeiten müssen.

### Mann = Ernährer – Frau = Zuverdienerin?

Dazu kommen noch zahlreiche – ebenso meist weibliche – Beschäftigte in Teilzeit- und Mini-Jobs. Und wer in einem

#### Was ist arm?

Armut bezeichnet den Mangel an Chancen, ein Leben zu führen, das zumindest gewissen Minimalstandards entspricht. Sie wird jedoch rechnerisch unterschiedlich ermittelt so zum Beispiel von der UN oder von der EU.

Die Weltgesundheitsorganisation der UN (WHO/WGO) definiert Armut anhand des Verhältnisses des individuellen Einkommens zum Durchschnittseinkommen im Heimatland einer Person. Danach wäre arm, wer monatlich weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens seines Landes zur Verfügung hat.

Der Durchschnittsbruttolohn in Deutschland lag 2004 bei

jährlich	ca. 26.000 Euro
monatlich	ca. 2.200 Euro
Armut nach UN-Definition liegt demnach bei	
monatlich	ca. 1.100 Euro

(Quelle: DGB Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, 04/05 – Dezember 2005 und StBA)

In der EU wird seit 2001 der „Median des Nettoäquivalenzeinkommens“ zur Definition der relativen Armutsgrenze verwendet. Personen mit einem verfügbaren Einkommen von 60 % oder weniger dieses Betrages gelten als (relativ) arm. Nach dieser abweichenden Definition der Europäischen Union (60% des mittleren Einkommens) gemäß dem Armuts- und Reichtumsbericht 2004/2005 lag die Armutsgrenze in Deutschland im Jahr 2003 bei einem monatlichen Einkommen von 938 Euro.

#### Was ist das Existenzminimum?

In der Praxis der deutschen Sozialversicherung gibt es den Begriff des soziokulturellen Existenzminimums. Es ist ein statistisch berechneter Wert, der für die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II entscheidend ist. Er entspricht den Ausgaben des ärmsten Fünftels der nach ihren Nettoeinkommen geordneten Einpersonenhaushalte, bereinigt um die Sozialhilfeempfänger. „Soziokulturell“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass nicht der Wert eines politisch gesetzten Warenkorb berücksichtigt wird, sondern die durch Befragungen ermittelten tatsächlichen Ausgaben. An den statistisch ermittelten Werten werden hohe Abschläge vorgenommen, um zwischen Erwerbstätigen und Beziehern der Grundsicherungsleistung einen deutlichen Abstand zu schaffen.

Das pfändungsfreie Existenzminimum liegt seit dem 01.07.2005 gemäß § 850c (Pfändungsgrenzen für Arbeitseinkommen) der ZPO (Zivilprozessordnung) bei einem Single monatlich bei 989,99 € netto, was einem Bruttoeinkommen von monatlich ca. 1.400 € entspräche bzw. jährlich 16.800 €. Bei 8 Stunden täglich ergibt das einen Stundenlohn von 8,10 € brutto. Nach der europäischen Sozialcharta ist das angemessene Mindest-Entgelt mit 68% des nationalen Durchschnittslohns taxiert, der in Deutschland nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes bei 15,89 € brutto liegt. Das würde somit zu einem Mindest-Entgelt von 10,80 € brutto pro Stunde führen.

Mini-Job arbeitet, tut dies überwiegend auch zu einem Niedriglohn. Am Thema Niedriglohn zeigt sich: Die frauenpolitische Forderung nach Löhnen, die Frauen wie Männern gleichermaßen ein Existenz sicherndes Einkommen garantieren, ist nach wie vor aktuell. Das deutsche Beschäftigungsmodell ist jedoch wie vor hundert Jahren darauf ausgerichtet, dass Männer die Familie ernähren und Frauen (bestenfalls) dazuverdienen. Eine solche Vorstellung ist weder zeitgemäß, noch politisch wünschenswert.

### Gegen die anhaltende Lohn-diskriminierung von Frauen

Ein wichtiges Argument für einen gesetzlichen Mindestlohn ist seine positive Wirkung auf die Gleichstellung der Geschlechter. Er wäre ein wichtiger Schritt, um Frauenarmut zu bekämpfen. Er würde dazu beitragen, die Lohn-diskriminierung von Frauen abzubauen. Hierzulande verdienen Frauen im Durchschnitt immer noch 20 Prozent weniger als Männer. Nicht genug, dass Deutschland damit zu den Schlusslichtern in Europa gehört. Entgegen dem europäischen Trend klappt die Lohnschere zwischen Frauen und Männern in Deutschland sogar wieder weiter auf.

Ein gesetzlicher Mindestlohn kann die Lohn-diskriminierung von Frauen zwar nicht beseitigen, wäre aber für gering verdienende Frauen eine wichtige Maßnahme, um Entgeltungleichheit einzugrenzen. Diesen Aspekt müssen wir von der WASG ins Zentrum unserer Mindestlohnkampagne rücken.

Soziale Gerechtigkeit gibt es nur mit Geschlechtergerechtigkeit!

## Nein zum Kongo-Einsatz der Bundeswehr!

Der Abgeordnete Norman Paech begründete in der Bundestagsdebatte die Ablehnung der Linksfraktion so:

„Wir bestreiten nicht die Ernsthaftigkeit all der Gründe, sich in Afrika zu engagieren. Auch ökonomische Interessen sind legitim. Wir sind aber dagegen, dass das Militär dabei eine Rolle spielt. (...) Ich frage Sie: Was haben wir denn eigentlich aus den sich rapide verschlechternden Verhältnissen in Afghanistan und dem Irak gelernt? Sehen Sie nicht, dass militärische Gewalt immer nur weitere Gewalt erzeugt und eben nicht Demokratie, allenfalls eine seltene Abart von Demokratie? Man kann mit dem Militär natürlich eine Stadt für die Wahltage und die Wochen danach in einen Ausnahmezustand versetzen. Das kann das Militär leisten. Aber was kommt dann? (...) Steht uns hier vielleicht ein Einsatz von den Ausmaßen

wie dem in Afghanistan ins Haus? Das kann niemand voraussagen.

Der Kongo gehört zweifelsohne zu den rohstoffreichsten Regionen der Welt. Da gibt es auch keinen Einwand, wenn Sie fordern ..., dass der Abbau dieser Ressourcen nach marktwirtschaftlichen Aspekten erfolgt. Wenn Sie damit aber den Einsatz des Militärs begründen, fragt man doch nach der Rolle des Militärs bei der Herstellung des freien Marktes.“

### Wolfgang Gehrke forderte:

„mehr Hilfe für den zivilen Aufbau, den Aufbau der Verwaltung, der Kommunen, der Polizei und einer eigenständigen Wirtschaft. [Der Kongo] braucht Hilfe zur Selbsthilfe. Wir von der Fraktion Die Linke würden die 60 Millionen Euro, die auf Kosten der Steuerzahler für den Militäreinsatz aufgebracht werden sollen, mit Freude für den zivilen Aufbau im Kongo einsetzen.“



Donnerstag  
**13. Juli**  
Kommt zur Demonstration  
um 13 Uhr  
Stralsunder Innenstadt  
Abschlusskundgebung 18.00 Uhr  
**Stralsund**

**Bush & Merkel:  
Kriege beenden –  
Kriegsplanungen stoppen**

Info: www.bush-ko-stralsund.de - Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
Königsplatz Stralsund, 18609 Stralsund, Tel. 0309 2400000, Fax 0309 2400001, E-Mail: ko@stralsund.de  
Die Bundeswehr wird eingesetzt gegen: Frieden und Zukunftswerkstatt e. V. | Kasse: No. 200001000 | Freiwirtschaft Quartiere | 012 500 502 01

## Stralsund: Protest gegen Bush-Besuch

An Demonstrationen gegen die Kriegspolitik des US-amerikanischen Präsidenten George Bush am 13. Juli in Stralsund nahmen zahlreiche Politiker der Linken teil, so der stellvertretende Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern Wolfgang Methling, seine Ministerkollegin Marianne Linke, die Bundestagsabgeordneten Wolfgang Gehrcke, Ulla Jelpke, Inge Höger-Neuling sowie der Europaabgeordnete Tobias Pflüger. Gehrcke, Methling und Pflüger hielten Redebeiträge. Pflüger kritisierte die Politik Deutschlands und der alten Atommächte (USA, China, Russland, Großbritannien und Frankreich), die vom Iran verlangen, was sie selbst nicht tun, nämlich atomaren Verzicht und atomare Abrüstung zu betreiben.

Auch Deutschland arbeite in Garching mit waffenfähigem Uran, genehmigt unter SPD-Grün. Die britischen und französischen Atomwaffen seien inzwischen Bestandteil von EU-Großmacht-Politik. Der Redebeitrag von Tobias Pflüger ist abrufbar unter [www.tobias-pflueger.de](http://www.tobias-pflueger.de)



### Neues IMI-Buch Welt-Macht EUropa: Auf dem Weg in weltweite Kriege

Die Informationsstelle Militarisierung aus Tübingen stellt ihr neuestes

Buch vor:

Liebe Freundinnen und Freunde, druckfrisch und inhaltlich topaktuell möchten wir Euch hiermit unser neuestes Buch vorstellen: „Welt-Macht EUropa: Auf dem Weg in weltweite Kriege“ (VSA-Verlag Hamburg). Auf 340 Seiten findet ihr eine umfassende Analyse der rasanten Militarisierung der Europäischen Union. Herausgeber sind die beiden IMI-Vorstandsmitglieder Tobias Pflüger und Jürgen Wagner. Die etwa 30 Beiträge von IMI-MitarbeiterInnen und anderen bekannten AutorInnen ermöglichen zusammengenommen einen tiefgehenden Einblick in die globalen und regionalen Auswirkungen der Europäischen Machtpolitik. Das Buch kann bei IMI über eine mail an [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de) zum Preis von 19.80 Euro inkl. Porto bestellt werden.

Rezension von Johannes M. Becker, PD Dr., Zentrum für Konfliktforschung Marburg

Ein ungemein wichtiges Buch ist da in Tübingen, um die umtriebige Informationsstelle Militarisierung (IMI) herum, entstanden: Eine gründliche Aufarbeitung und fundierte Analyse der EU im Prozess ihrer umfassenden Militarisierung. Diese ist bekanntlich im Zuge der Ablehnung des Verfassungsentwurfes in Frankreich und in den Niederlanden ein wenig in Vergessenheit geraten. Die Realität der EU der 25 indes ist im Untertitel des Buches angedeutet: „Auf dem Weg in weltweite Kriege“.

In drei Schritten nähern sich die Herausgeber und ihr weites AutorInnenteam der Thematik: Im ersten Teil („Strukturen und Grundlagen der Weltmacht EU“) wird neben vielen anderen Teilaspekten die „Konzernmacht Europa“ unter die Lupe genommen, es werden „Transatlantische Konzepte einer militärischen Absicherung der Globalisierung“ bearbeitet, es werden die Institutionen der EU analysiert, nicht zuletzt wird die tragende Rolle der Bundesrepublik Deutschland aufgezeigt. Um die Absi-

cherung neokolonialer Bezüge – und deren hat die EU viele! – und der knapper werdenden Energieressourcen geht es der neuen „Weltmacht EU“, wie in den Beiträgen schlüssig aufgezeigt wird.

Im zweiten Teil des Buches („Zwischen Nachbarschaftspolitik und globalem Einfluss“) finden sich Regionalanalysen. In wohlthuender Klarheit wird u.a. das EU-Verhältnis zu den Balkanstaaten, zur Türkei und deren Bestreben, in die EU aufgenommen zu werden, es wird die Nah- und Mittelostpolitik, die EU-Interessen ihrer Osterweiterung vom 1.5.2004, das Verhältnis zu Russland, zu Lateinamerika und zu Afrika analysiert.

Der dritte Teil schließlich („Die Militarisierung von Gesellschaft, Politik und Ökonomie stoppen“) enthält Beiträge zu den Kosten und zu den Konsequenzen der vorher aufgezeigten Politik („Zwei Seiten einer Medaille: Sozialabbau im Inneren und Militarisierung nach außen“), nicht zuletzt werden, wie im Titel des Abschnitts angekündigt, Alternativen zur herrschenden Politik („Perspektiven für eine andere Welt eröffnen“) aufgezeigt.

Die Beiträge sind wohlthuend übersichtlich geschrieben und anschaulich kurz – in der Regel unter 15 Seiten. Einige Statistiken, Internetquellen und Literaturhinweise machen das Buch zu einem äußerst lesefreundlichen Kompendium.

Wer demnächst im politischen Diskurs noch sagt, er habe das Ausmaß und die Tiefe der laufenden Umstrukturierung der EU-Politik nicht überschaut, der hat dieses Buch nicht gelesen. Es sollte zur Standard-Lektüre aller gehören, die die ungeheuren Potenzen der EU der 500 Millionen ProduzentInnen und KonsumentInnen der sich mit großer Schnelligkeit formierenden Europäischen Union zum Wohle der Menschheit genutzt wissen wollen und nicht zu einem weiteren Rüstungsdurchlauf in der Konkurrenz mit dem „Atlantischen Partner“ der EU. Die Frage bleibt, wie die Schweigewand der herrschenden Politik und ihrer Medien betreffend dieses Thema durchbrochen werden kann. Den Herausgebern, AutorInnen und dem VSA-Verlag ist ein wichtiger Schritt zur Aufklärung gelungen. Ist das Informationsbedürfnis über die EU – völlig im Gegensatz zu ihrer Wichtigkeit auch für uns alltägliches Leben – schon gering genug, so betrifft dies in besonderer Weite ihre Militarisierung. Hier haben sich die Herausgeber und viele ihrer AutorInnen bereits im Zusammenhang mit der Verfassungsanalyse und -debatte große Verdienste erworben. In der derzeit wieder aufkeimenden Debatte um den EU-Verfassungsentwurf muß mit diesem Werk unbedingt gearbeitet werden. Friedensbewegung und -forschung

können sich – ungeachtet dessen – auf weitere zehn Jahre IMI freuen!

*Tobias Pflüger, Jürgen Wagner (Hrsg.): Welt-Macht EUropa. Auf dem Weg in weltweite Kriege. VSA-Verlag, Hamburg 2006, 339 S., brosch., ISBN-Nr. 3-89965-183-9, 19.80 Euro*

**Kolumbien-Hearing DIE LINKE.**

## Wege zu einer friedlichen politischen Konfliktlösung

**Am 2.6.2006 veranstaltete die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag eine öffentliche Anhörung zur aktuellen politischen und sozialen Lage in Kolumbien.**

Wenige Tage nach der Präsidentschaftswahl in Kolumbien am 28. Mai, aus der der rechtskonservative Amtsinhaber Álvaro Uribe mit 62 Prozent als Sieger hervorgegangen war, berichtete Heike Hänsel von ihrer Teilnahme an einer Internationalen Wahlbeobachtermission. Der Wahlkampf hatte in einem Klima der Einschüchterung stattgefunden.



Doch auch wenn das Wahlziel der Linken, Uribe in einen zweiten Wahlgang zu zwingen, deutlich scheiterte, konnte der Polo Democrático mit seinem Kandidaten Dr. Carlos Gaviria einen Erfolg erzielen: Gaviria erhielt 22 Prozent und platzierte den Polo damit auf dem zweiten Rang vor den Liberalen. Damit wurde erstmals das traditionelle Zweiparteiensystem mit Konservativen und Liberalen durchbrochen.

In Kolumbien sind nach wie vor viele Menschen von Menschenrechtsverletzungen bedroht. Der Staatsapparat und die Regierung Uribe sind eng mit den rechten Paramilitärs verstrickt, wie die Autoren Raúl Zelik und Dario Azzellini sowie weitere Sachverständige, u. a. von Misereor, KOLKO (Menschenrechte für Kolumbien) und der Informationsstelle Lateinamerika, darlegten. Auch transnationale Konzerne wie Coca Cola und Nestlé profitieren stillschweigend vom Terror der Paramilitärs gegen Gewerkschaften. Die Berliner Coca-Cola-Kampagne will deshalb den Druck auf

die betroffenen Konzerne erhöhen, ihre Arbeiter zu schützen, ihnen würdige Arbeitsbedingungen zu schaffen und Mitbestimmungsrechte einzuräumen (mehr Informationen dazu unter [www.kolumbienkampagne.de](http://www.kolumbienkampagne.de)). DIE LINKE. unterstützt diese Kampagne, die im Herbst auch in Baden-Württemberg vorgestellt werden soll.

Friedliche Wege aus der Gewalt weisen die Referentinnen und Referenten aus Kolumbien auf. Gloria Cuartas, die als Bürgermeisterin der Stadt Apartadó für ihr Engagement von der UNESCO als „Bürgermeisterin des Friedens“ ausgezeichnet wurde, entwarf ihr Projekt einer „Landkarte des Friedens“, eines ständig wachsenden Netzwerkes von Kommunen, aus denen heraus soziale und politische Gruppen wechselseitige Unterstützung im Kampf um Frieden und soziale Rechte organisieren. DIE LINKE. muss gegenüber der Bundesregierung einfordern, dass sie ihre Beziehungen und die Entwicklungszusammenarbeit mit Kolumbien nutzt, um solche zivilgesellschaftlichen Initiativen zu stützen und zu stärken, oder zumindest darauf hinwirkt, dass solche Friedensinitiativen nicht weiter bedroht werden.

*Alexander King (wissenschaftlicher Mitarbeiter im MdB-Büro von Heike Hänsel)*

Die Dokumentation der Anhörung kann im Büro von Heike Hänsel bestellt werden: Telefon: 030 227 73179, Email: [heike.haensel.ma01@bundestag.de](mailto:heike.haensel.ma01@bundestag.de)

## Statt Flüchtlingsabwehr: Migration als Beitrag zur Entwicklung wahrnehmen

**Zur europäisch-afrikanischen Ministerkonferenz zum Thema Migration, die am 10. und 11. Juli in der marokkanischen Hauptstadt Rabat stattfindet, erklärt die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Heike Hänsel:**

Während in Marokko die Vorbereitungen auf die europäisch-afrikanische Ministerkonferenz zur Migration auf Hochtönen liefen, sind an der Grenze zur den spanischen Territorien in Nordafrika erneut Flüchtlinge durch Schüsse der Polizei getötet worden. Statt aber dieses unmenschliche Vorgehen zu stoppen, will die EU die Flüchtlinge aus Afrika künftig mit noch mehr Polizei und mit militärischen Einsätzen aufhalten. So hat sie es im Vorbereitungsdokument auf die Migrations-Konferenz, dem Aktionsplan von Dakar, angekündigt. Die entsprechende Aufrüstung der afrikanischen Partner will sich die EU 15 Mil-

liarden Euro kosten lassen. Gleichzeitig soll die Verhandlung von Freihandelsabkommen mit afrikanischen Staatengruppen vorangetrieben werden.

Die EU wird auf diese Weise nicht bewirken, dass Menschen dort bleiben, wo es für sie keine Perspektive gibt; sie wird diese Menschen lediglich noch mehr Gefahren aussetzen.

Flüchtlingsabwehr und Freihandel sind keine Beiträge zur Entwicklung. Im Gegenteil: Ein neuer Ansatz wäre, Migration endlich als Beitrag zur Entwicklung wahrzunehmen. Migranten transferieren bereits heute dreimal so viel Geld in den Süden wie die gesamte globale Entwicklungshilfe. Deshalb sollte die Agenda der Ministerkonferenz vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Statt über die Abwehr „illegaler“ Migranten muss über die Ermöglichung legaler Migration und über die Förderung ihres Beitrags zur Entwicklung diskutiert werden. Die Aufrüstung an den EU-Außengrenzen und Einsätze mobiler Eingreiftruppen zur Flüchtlingsabwehr müssen dagegen gestoppt werden; Flüchtlingsabwehr darf nicht länger aus EU-Entwicklungsgeldern finanziert werden.

## Ulrich Maurer: Partei oder Strömung

Erinnern wir uns: Im Wahlkampf zur Bundestagswahl haben wir alle, Linkspartei wie WASG auf den Fernsehkanälen und vor Ort den Menschen versprochen, eine neue vereinte demokratische Linke zu sein, auf die sie ihre Hoffnungen richten können. Über 4 Millionen Menschen haben uns geglaubt und noch einmal so viele haben sich gefragt und fragen sich bis heute ob, sie uns glauben können oder alles nur ein „Bluff“ war, wie ausgerechnet die Frankfurter Allgemeine Zeitung vor kurzem vermutete. Täuschen wir uns nicht: Das Wort von der Fusion von Linkspartei.PDS und WASG ist schon deshalb falsch, weil weder die eine noch die andere wirkliche Parteien waren und sind. Formal schon: Sie haben Vorstände, Parteitage, Landesverbände und mehr oder weniger katastrophale Satzungen. Aber wirkliche Parteien sind parteiisch: Das heißt sie haben einen gemeinsamen Willen, ein Mindestmaß an gemeinsamen inhaltlichen und strategischen Überzeugungen, eine Linie. Sie sind für das Volk berechenbar und man kann ihnen deshalb vertrauen, sie haben Flügel und streiten um den richtigen Weg, aber ihre Mehrheitsbeschlüsse gelten und werden verlässlich umgesetzt.

In diesem Sinn sind weder Linkspartei. PDS noch WASG Parteien: Sie sind Ansammlungen von Strömungen und Individuen, ihre Bandbreite reicht von Kommunisten bis Privatisierern, in ihnen bewegen sich neben Bodenstän-

digen, Intellektuellen, Idealisten auch Autoritäre und solche deren Lebensweise darin besteht, immer misstrauisch und vorsichtshalber immer dagegen zu sein, in ihnen sammeln sich Karrieristen, Paradiesvögel und Gescheiterte, Strömungsweltreisende und am Ort verhaftete Gewerkschaftler. Sie schreiben E-Mails deren Denunziations- und Klatschcharakter jeden Friseursalon vor Neid erblassen lässt.

Sie alle haben aber dummerweise dem Volk das Versprechen gegeben anders zu sein oder wenigstens zu werden. Wir gleichen Nichtschwimmern die vom Drei-Meter-Brett ins tiefe Wasser gesprungen sind. Entweder wir schwimmen und werden Partei oder wir werden als lächerliche Posse in die Geschichte eingehen, eine Mehrheit in einer Gesellschaft die ansonsten insgesamt unter dem Druck des globalisierten Kapitals jeden Zusammenhalt verloren hat und in der der Zynismus des Marktes regiert. Am Ende des Zerfalls dieses Systems können Krieg und Diktatur stehen, aber wenn wir versagen tragen wir daran Mitschuld, weil wir die historische Chance verraten haben, die uns gegeben wurde.

Es mag sein, dass bei der Geburt einer wirklichen linken Partei Manche etwas zu verlieren haben: Ihre gerade erst errungenen Funktionen und das damit verbundene Selbstwertgefühl, die „grandiose“ Freiheit, die die Unverbindlichkeit schenkt, die schwindende Macht der Seilschaft, der man sich angeschlossen hatte, das „Glück“ behaupten zu können man habe es immer schon gewusst und sei immer dagegen gewesen, die wunderbare Leichtigkeit nicht sagen zu müssen, wofür man ist, die Freiheit nicht Beschlüsse umsetzen zu müssen, bei deren Zustandekommen man in der Minderheit geblieben ist, keine wirkliche Verantwortung zu tragen. Was für ein Verlust!

Vor allem für unseren Gegner dem entfesselten globalisierten Kapitalismus. Er wird diese ihm liebgewordenen linken Zustände wirklich vermissen. Wie grauenhaft, wenn die deutschen Medien nicht mehr Tag für Tag über linken Streit berichten können, wie schrecklich wenn die Welt keine ganze Seite mehr für eine Homestory mit der SAV Sprecherin Lucy Redler reservieren kann, wie schlimm, dass die Rundschau nicht mehr berichten kann, wie Lafontaine vergeblich versucht hat das Dresdner Ortskartell davon zu überzeugen, dass der Weg zum demokratischen Sozialismus nicht mit dem Verkauf des öffentlichen Resteigentums beginnt.

Also, für alle die, die dies, den Menschen gegebene Versprechen halten wollen, gilt der Aufruf sich zu sammeln, die Inhalte durch demokratische Entscheidungen zu klären und die Linke zu bilden. Wer das nicht will, mag getrost

weiter im großen Spiel des Neoliberalismus die Narrenrolle besetzen.

Aus „Links oder Lahm – Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung“, Verlag „edition ost“, Berlin, ISBN-10: 3-360-01079-5; herausgegeben von Ulrich Maurer und Hans Modrow. Mit Beiträgen von Hans Modrow, Ulrich Maurer, Klaus Blessing, Hans-Werner Deim, Tobias Pflüger, Erhard Crome, Gundhild Berdal und Michael Schaaf, Dieter Klein, Jürgen Elsässer, Peter Brandt, Harry Nick, Joachim Bischoff, Gerd Friedrich, Michael Brie, Ellen Brombacher, Klaus Höpcke, Wolfgang Gehrcke, Ursula Schröter, Robert Allertz, Manfred Wekwerth.

## Braune Giftspinnen

„Es gibt kleine und mittlere Städte in Brandenburg und anderswo, wo ich keinem raten würde, hinzugehen. Er würde sie möglicherweise lebend nicht mehr verlassen“, hatte Uwe-Karsten Heye vor einigen Wochen in einem Interview mit Deutschlandradio Kultur gesagt.

Wie Recht er doch aus meiner Sicht behalten sollte ... jedoch etwas anders als gedacht. Mein Besuch im brandenburgischen Land endete jedoch auf Grund eines guten Arztes nicht tödlich.

Aber es gibt sie dort, kleine braune Giftspinnen, die beißen und zu schweren Erkrankungen, unbehandelt sogar zum Tod führen können.

Und genau so eine Braune hatte mich gebissen!

War dies die Intention von Herrn Heye, uns alle davor zu warnen? Vor dieser kleinen braunen Brut? Vor Jenen, die jetzt die Euphorie der Fußballweltmeisterschaft zur Verbreitung ihrer Symboliken nutzen?

Mag sein, aber auch da vermisste ich die Differenzierung in seinen Aussagen. Die Welt ist zu Gast bei Freunden, bei uns, und wir sind gute und stolze Gastgeber!

Berlin und viele andere deutsche Städte hängen voll mit der Deutschlandfahne, Autos sind geschmückt damit, jubelnd entdeckt man einen Patriotismus bisher unbekannter Dimension.

Wir stehen hinter unserer Mannschaft bei der WM im eigenen Land und wir demonstrieren dies nach Außen!

Diesen Patriotismus, diesen Nationalstolz lebten und leben uns die Franzosen seit Jahren vor.

Ihr „Allez Les Bleus!“ trug die französische Nationalmannschaft 1998 im eigenem Land zum Weltmeistertitel und machte sie 2000 zum Europameister. Nicht weil sie unbedingt die großen Stars im Team hatten, nein, weil sie EINS waren, eine Mannschaft ein Team!

Wie können wir dieses „Allez les Bleus!“ auf uns übertragen? Wie können wir davon lernen?

Auch wir haben drei Farben in unserer Flagge. Wählen wir statt blau für uns daraus ROT! Und unser Schlacht-

und Anfeuerungsruf könnte lauten:

„Steht auf, wehrt euch!“

„Haltet zusammen, gemeinsam können wir viel erreichen!“

### „Allez les Rouges!“

Und wenn es im Fußball funktioniert, warum nutzen wir diesen Stolz, diese Stärke, diesen Patriotismus nicht auch außerhalb der WM?

Ich wünsche mir, dass dieser Zusammenhalt unter den Menschen nicht nach der WM aufhört, dass wir auch außerhalb des Fußballfeldes von den Franzosen lernen.

Ihr „Allez les Bleus!“ trug Millionen Menschen im Frühjahr dieses Jahres auf die Strasse, vereint im Kampf gegen Sozialabbau und sie zeigten uns, dass sie damit, wie beim Fußball etwas bewegen konnten.

Machen auch wir uns diese Form von Patriotismus, von Zusammengehörigkeit zu eigen, nutzen wir unsere Fahnen und unsere Stärke um auf die Strassen zu gehen, uns zu wehren.

„Allez les Rouges!“ und überlassen wir unser Land, unsere Nationalflaggen, unseren Stolz, unsere Kraft nicht kleinen braunen Giftspinnen aus Brandenburg.

*Ulrich Maurer (MdB)*

## Europäisches Sozialforum in Athen: Die neue Linke in Europa

Von Dirk Spöri, Freiburg, Mitglied im WASG Landesvorstand

Im Mai 2006 fand in Athen das vierte Europäische Sozialforum (ESF) statt. Das Europäische Sozialforum ist ein europaweites Vernetzungstreffen der globalisierungskritischen Bewegung, welches alle ein bis zwei Jahre stattfindet. Auf dem ersten ESF 2002 in Florenz ist u.a. der internationale Aktionstag gegen den Irak-Krieg beschlossen worden, an dem am 15. Februar 2003 fast 15 Millionen Menschen beteiligten.

Mit Athen fand das ESF erstmals in einem (süd-)osteuropäischen Land statt. Dies führte zu einer sehr hohen Beteiligung von Menschen aus der Türkei, Polen und anderen Ländern in Osteuropa und dem Nahen Osten. Insgesamt nahmen 20.000 bis 30.000 Menschen an den Veranstaltungen und Workshops und ca. 80.000 Menschen an einer großen Anti-Kriegs-Demonstration während des Forums teil.

Die Veranstaltungen fanden in Gebäuden statt, die für die olympischen Spiele 2004 errichtet worden waren – Millioneninvestitionen, die seit dem leer stehen. Das Gelände gehörte zum ehemaligen Flughafen, und übernachteten konnten Teilnehmer aus den verschie-

densten Ländern in ehemaligen Hangars. Jede Morgen und jeden Abend marschierten wir über Wiesen, Dünen, Runways und Gleise. Um sich dann auf den Veranstaltungen trotz verschiedenster Sprachen verstehen zu können, wurden Simultanübersetzungen angeboten, die man mit einem normalen Radio hören konnte.

### Inhaltliche Schwerpunkte

Nicht nur die Großdemonstration während des ESF, sondern das ganze Forum war geprägt von der internationalen Antikriegsbewegung. Aktivisten aus dem Irak und aus den USA waren zu Gast und gemeinsam besprach man das Vorgehen gegen den drohenden Krieg gegen Iran. Für die deutschen Teilnehmer bekam das Thema größere Bedeutung als wir noch in Athen erfuhren, dass Kanzlerin Merkel den US-Präsidenten zu sich eingeladen hatte.

Englische Teilnehmer berichten, wie auch Blair für die Unterstützung der USA und für die Beteiligung an der Besetzung des Irak im eigenen Land unter Druck gemacht.

Doch in vielen Ländern gibt es auch Schwierigkeiten, sich überhaupt politisch zu äußern. In Ägypten wurden Demonstranten verhaftet, die sich für demokratische Wahlen einsetzten und die Vorbereitung für einen Gegengipfel gegen das G8-Treffen in Sankt Petersburg im Juli diesen Jahres wird immer wieder durch Verbote und Verhaftungen erschwert.

Viele Menschen in Europa werden im Sommer 2007 nach Deutschland blicken und hoffentlich auch kommen, wenn sich die Regierungschef der G8-Staaten in Heiligendamm bei Rostock treffen. Auf einer Vorbereitungsveranstaltung auf dem ESF verabredete man sich zu

einer internationalen Demonstration, einem Camp, einer großen Konferenz und vielem mehr.

Beim vorhergehenden Sozialforum 2004 in London sprach Susan George, ein führendes attac-Mitglied davon, dass es nicht reicht, immer nur Proteste gegen Gipfeltreffen zu organisieren. Die Bewegung müsse in die Offensive kommen und bräuchte eigene Erfolge.

Erste Erfolge gab es nun – wie vor allem das „Nein“ zur EU-Verfassung in Frankreich, die Proteste gegen Bolkestein und die Abwehr gegen das Gesetz zur Lockerung des Kündigungsschutzes auch in Frankreich zeigten. Und diese erfolgreichen Proteste prägten die Stimmung in Athen. Französische Studenten berichteten auf dem Forum von den großen Demonstrationen im Frühjahr. Sie erzählten in zum Teil überfüllten Workshops, dass diese Proteste nicht zufällig entstanden sind, sondern die Bündnisse Grundlage waren, die im Jahr zuvor in der Kampagne gegen die EU-Verfassung gegründet wurden. Zu den best besuchtesten gehörten. Dabei ist es auch gelungen, junge Menschen aus den Vorstädten einzubinden, ihnen damit in zum Teil ausweglosen Lebenssituationen zumindest politische Perspektiven zu bieten.

Einen weiteren Erfolg sahen die Teilnehmer des ESF auch in der Entwicklung in Lateinamerika in den letzten Jahren, wo vor allem in Venezuela und Bolivien das neoliberale Projekt Rückschläge einstecken musste. Die Ankündigung am 1. Mai von Evo Morales, dem Präsidenten von Bolivien, die Erdgasvorkommen zu verstaatlichen, zeigt, dass es Alternativen zur Privatisierung gibt.

### Die Linke auf dem ESF

Im Unterschied zu den vergangenen



Vom 4. bis 7. Mai fand in Athen das vierte Europäische Sozialforum statt – Motto: „Die Bewegungen diskutieren und leisten Widerstand: für eine Veränderung der Welt.“ Unter den 30.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren die Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel (im Bild), Katja Kipping und Michael Leutert (alle Fraktion DIE LINKE.) sowie der Europaabgeordnete Tobias Pflüger (Fraktion GUE/NGL). Der linke Jugendverband [solid] war mit einer 34-köpfigen Delegation vertreten, die mit Spenden aus der Fraktion DIE LINKE. zustande gekommen war.

Sozialforen war diesmal unter den Teilnehmern aus Deutschland ein sehr hoher Anteil bei WASG, Linkspartei.PDS oder solid engagiert. Allein aus Baden-Württemberg nahmen ca. zwanzig Leute unserer beiden Parteien teil. Zwar wäre eine insgesamt größere Beteiligung aus Deutschland wünschenswert gewesen, aber die Beteiligung von WASG und Linkspartei ist auch ein positives Zeichen dafür, dass die Linke die Vernetzung und den Austausch mit Bewegungen in anderen Ländern sucht.

Auf dem Sozialforum fanden einige Veranstaltungen über die Programmatik europäischer Linksparteien statt. So wurden in einem Workshop die Erfahrungen linker Parteien an der Regierung diskutiert. Mitglieder der europäischen Linkspartei berichteten sehr kritisch von ihrer dortigen Erfahrung aus einem kurzfristigen Regierungseintritt: aus der Enttäuschung über die dortige Regierung profitierten bei den letzten Wahlen vor allem die Rechtsextremen. Auch die Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin wurde dabei sehr kritisch bewertet.

In einem anderen Workshop stellte Katja Kipping das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens vor. Spannend diskutiert wurde hierbei vor allem die Frage der Durchsetzbarkeit einer solchen Forderung. In der Diskussion wurde vor allem auf eine notwendige Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, zum Beispiel im Rahmen der Mindestlohnkampagne, hingewiesen. Eine Gefahr sahen die Teilnehmer darin, mit dem Grundeinkommen versteckt ein Kombilohnmodell einzuführen.

#### Wie weiter?

Auf dem ESF und einer abschließenden Versammlung der sozialen Bewegungen wurden gemeinsame Aktivitäten für die nächsten Monate verabredet. Diese können eine Anregung für lokale Bündnisse und Sozialforen sein. Die Linke sollte deshalb die Aufrufe unterstützen.

- Widerstand gegen den drohenden Krieg gegen Iran: von 23. bis 30. September findet weltweit eine Aktionswoche gegen den drohenden Krieg gegen Iran und für eine Ende der Besatzung in Irak und Afghanistan statt.
- Internationaler Aktionstag am 7. Oktober 2006 für die Rechte von Migrantinnen, für ein europaweites Bleiberecht und die Schließung der Abschiebelager
- Protest gegen die G8-Gipfel am 15. Juli 2006 in St. Petersburg und im Frühsommer 2007 in Heiligendamm bei Rostock.

Fortsetzung der Kampagnen gegen den Abbau und die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und öffentlicher Dienste

Mehr Infos: <http://www.sfid.info/esf/2006.esf.00/index.html>

# Sommer 2007: 100 Jahre Internationaler Sozialistenkongress

von Manfred Dietenberger

100 Jahre Internationaler Sozialistenkongress – gibt's da was zu feiern? Ja, angesichts linker Parteineubildung ist dieses Jubiläum im nächsten Jahr eine ideale Möglichkeit, kurz inne zu halten, um die Geschichte der Arbeiterbewegung kritisch auszuwerten, die notwendigen Lehren zu ziehen und uns so die Erfahrung der Altvorderen für unsere heutigen sozialen und politischen Kampf zu nutzen zu machen. In der Geschichte der deutschen- und internationalen Arbeiterbewegung nimmt der Sozialistenkongress in Stuttgart einen exponierten Platz ein. Der Kongress fand 1907, also in der Frühphase der imperialistischen Epoche statt. Die Rivalitäten zwischen den europäischen Mächten spitzen sich mehr und mehr zu. Krieg lag in der Luft.

Zwei große aber völlig unterschiedliche internationale Konferenzen beschäftigten sich daher fast zeitgleich mit den Problemen von Krieg und Frieden. Obwohl sich die europäischen Großmächte schon auf einen kommenden Krieg vorbereiteten, trafen sich in den Niederlanden Vertreter von 47 Staaten vom 15. Juni bis 18. Oktober 1907 zu einer „Friedenskonferenz“. Vorgeblich ging es bei dieser so genannten zweiten Haager Friedenskonferenz um die „Humanisierung“ von kommenden Kriegen. Im Ergebnis der Beratungen stand aber die Weigerung der imperialistischen Großmächte, ihre auf Hochtour laufenden Kriegsrüstungen einzuschränken und der Installierung eines Schiedsgerichts zur Schlichtung internationaler Konflikte zuzustimmen. Wenn gleich die Vertreter Deutschlands ihre Ablehnung besonders harsch formulierten, so zeigte die einhellige Weigerung aller an dieser Konferenz teilnehmenden Großmächte, dass sie allesamt den Krieg schon vorbereiteten.

In dieser Situation trafen sich die 887 Delegierten der sozialistischen Arbeiterbewegung aus 25 Ländern zu ihrem Kongress in Stuttgart. Warum in Deutschland? Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war Anfang des 20. Jahrhunderts sowohl hinsichtlich ihrer Mitglieder- und Abgeordnetenzahl wie auch ihrer Erfahrung und straffen Organisation und auch ihrer vielen fähigen Köpfe und der intensiven Parteischulung die größte Arbeiterpartei der Welt und damit Vorbild für alle revolutionären Arbeiterparteien geworden. Aber obwohl die SPD die größte Partei der Zweiten Internationale war, wurden von 1890-1914 alle internationalen Sozialis-

tenkongresse außerhalb von Deutschland abgehalten – einzige Ausnahme Stuttgart! Eingedenk des Bismarckschen Sozialistengesetzes (1878-1890) wurde befürchtet, in Deutschland könne die Redefreiheit und die Sicherheit der Delegierten nicht garantiert werden. Doch 1904 auf dem Sozialistenkongress in Amsterdam warben die deutschen Delegierten für die Idee endlich einen Kongress in Deutschland abzuhalten.

Warum in Stuttgart? Als Tagungsort schlugen sie Stuttgart vor, weil sie davon überzeugt waren, dass dort auf Grund der „liberalen“ württembergischen Regierungspolitik sowohl die Sicherheit wie auch die Redefreiheit der Delegierten gewährleistet wären. Und tatsächlich: trotzdem das Auswärtige Amt in Berlin intensiv auf die württembergische Regierung versuchte Einfluss zu nehmen, damit diese den Kongress verbiete, riet Innenminister von Pischek dem Ministerpräsidenten von Weizsäcker, den Kongress zuzulassen. Ein Verbot sei in Württemberg weder rechtlich möglich noch politisch klug. Um nicht in den Verdacht zu geraten, man halte es zu sehr mit den Sozialdemokraten, verband man die Genehmigung der Veranstaltung mit einer Unzahl von Vorschriften. Zum Beispiel mussten aus den Tannenreisiggründen, die den Empfangsraum für die Delegierten im Hauptbahnhof schmückten, die roten Bänder entfernt werden! Gleichzeitig aber zeigte sich die Regierung liberal: So stelle sie den sozialistischen Delegierten den Wartesaal Erster Klasse des Bahnhofs, die (alte) Liederhalle und den Cannstatter Wasen zur Verfügung! Überall hatten die Sozialisten aus aller Welt erstmals das „volle, unbeschränkte Recht auf Öffentlichkeit“, schrieb die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“.

Sonntagvormittag, den 18. August 1907, nahmen alle 884 Delegierten im großen Saal der Liederhalle Platz und der 7. Internationale Sozialistenkongress konnte offiziell eröffnet werden. Die Delegierten kamen aus Europa, Asien, Amerika, Australien und Afrika. So bunt die Länder- so bunt auch die Namensliste ihrer Vertreter: darauf findet man z.B. Bebel und Vaillant, Bernstein, Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky, Jean Jaurés, auch Martow und Lenin. Ganz auf der Höhe der Zeit nehmen sie sich für Ihren Kongress folgende Themen zur Beratung und Beschlussfassung vor:

I. Der Militarismus und die internationalen Konflikte



II. Die Beziehungen zwischen den Politischen Parteien und den Gewerkschaften

III. Die Kolonialfrage

IV. Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter

V. Das Frauenstimmrecht

Was die Sozialisten der Welt bewegte, sollte nicht im stillen Kämmerlein bleiben. Am späten Nachmittag, um 16.30 Uhr, begaben sich die Delegierten zur großen Volkskundgebung auf dem Cannstatter Wasen. Mehr als 60 000 Menschen waren auf den Platz geströmt um den Reden der Vertreter der Sozialistischen Parteien aus der ganzen Welt zu lauschen. Nirgends war Polizei zu sehen! Der Vorwärts berichtete später: „Zu tausenden strömten die Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern nach den Wiesen in der Neckarniederung, dem Stuttgarter Volksfestplatz...“ Aber nicht nur die Arbeiter, sondern auch ein großer Teil des Stuttgarter Bürgertums war auf den Beinen, und nicht nur aus Stuttgart, sondern aus der näheren und weiteren Umgebung war viel Volk nach der schwäbischen Hauptstadt gekommen. Ja aus ganz Württemberg waren Deputationen von den politischen Organisationen und Gewerkschaften entsandt. Vielfach hatten die Abordnungen ihre Fahne und eine Musikkapelle mitgebracht, und so entfaltete sich ein festlich bunt bewegtes Treiben. Auf dem Festplatz waren sechs Tribünen errichtet. Große Bierwagen stellten das Podium dar, auf dem ein rot drapiertes Rednerpult sowie ein Tisch für den „Präsidenten der Volksversammlung im Freien“ und für die Redner aufgestellt war.“

So viele Menschen können wir wohl nächstes Jahr nicht zum 100jährigen Jubiläum des Stuttgarter Sozialistenkongress erwarten. Und eine sozialistische Internationale gibt es auch nicht mehr. Doch eine emanzipatorische, antikapitalistische Politik kann auch heute nur eine internationalistische Politik sein. Schon allein deshalb, weil es zum globalisierten Kapitalismus nur eine globale Alternative geben kann. Wir sollten dieses Jubiläum zum Anlass nehmen mit möglichst vielen aus dem In- und Ausland, aus der Sozialen- und Friedensbewegung, der linken Parteien zu diskutieren. War es 1907 möglich, dass sich alle (außer den Anarchisten) politischen Strömungen nach intensiver Diskussion in Bezug auf die wichtigen Fragen der Zeit zu einer gemeinsamen Position kommen konnten, so muss uns das auch heute gelingen. Etwas Besseres wie Nation und Kapitalismus finden wir dann gemeinsam immer!

*Manfred Dietenberger war DGB-Kreisvorsitzender in Waldshut und ist heute Vorsitzender des örtlichen Geschichtsvereins.*

## Pforzheim

### BIB: Busse in Bürgerhand

40 000 Pforzheimer haben sich mit ihren Unterschriften gegen die Privatisierung ihres Städtischen Verkehrsbetriebes mit seinen ca. 90 Bussen ausgesprochen.



Wie überall auf der Welt so will der Globalplayer Connex/Veolia in diesen lukrativen Markt einsteigen. Doch nachdem die Stadtwerke an die Thüga/Eon und das Krankenhaus an den Rhön-Konzern ohne Widerstand verscherbelt wurden, hatten die Stadtverantwortlichen und die CDU-, SPD-, FDP-Fraktionen diesmal die Rechnung ohne den Wirt, das heißt ohne die Bürger gemacht.

Die attac rief im Herbst 2004 zu einem Aktionsbündnis „Busse weiter in Bürgerhand“ auf. Diesem Bündnis traten alle Gewerkschaften, einige Bürgervereinigungen und viele Einzelpersonen, jedoch keine einzige Partei (!) bei. Die WASG reihte sich sofort nach der Gründung ihres Kreisverbandes in das Bündnis ein und kämpft seit Januar 2005 gemeinsam und sehr aktiv gegen diese Privatisierung.

Bei den Bundestagswahlen erhielten wir auch schon Anerkennung dafür: Unser Kandidat, der zugleich Sprecher des Bündnisses ist, erhielt 5,7 %

Immer mehr BürgerInnen ließen sich von unseren Argumenten überzeugen:

- dass wir jede Form der Privatisierung, auch eine 100%ige städtische GmbH ablehnen
- dass jede Privatisierung zu Lohn- und Personalabbau führt, zu Preiserhöhungen und Verlust von Sicherheit, Qualität und Umfang der Leistung führt
- dass Privatisierung gleich Enteignung der Bürger ist, und zu wesentlichem Verlust von demokratischem Einfluss und Kontrolle führt.

Über zwei Bürgerbegehren, das erste wurde mit fadenscheinigen „Argumenten“ abgelehnt, erkämpften wir uns nun einen Bürgerentscheid, der am 23.7.06 durchgeführt wird.

Obwohl das notwendige Quorum mit 25 % unverschämt hoch ist, d.h. 21 000 müssen gegen die Privatisierung stimmen, kämpfen wir in den letzten beiden Wochen um jede Stimme.

Eines wurde klar: die „Hoch“zeit der Privatisierungen ist vorbei. die Zukunft gehört den erfolgreichen Abwehrkämpfen und der Re-Kommunalisierung unserer Stadtwerke und Krankenhäuser.

Wolfgang Schulz

## Wohnen ist Menschenrecht!

Freiburger wehren sich gegen grüne Verkaufspläne des städtischen Wohnungsbesitzes

Ähnlich wie andere Städte leidet auch Freiburg an einem chronischen und massiven Loch in der Haushaltskasse. Die Gründe dafür sind vielfältig und reichen von einer falschen Politik auf Bundesebene, z.B. Hartz IV, bis hinzu kommunalen Fehlplanungen und kostenintensiven Prestigeprojekten mit geringem Mehrwert für die Allgemeinheit. Jüngster „Lösungs“-Vorschlag des grünen Oberbürgermeisters Salomon ist es nun den kommunalen Wohnungsbestand zu veräußern, obwohl er noch bei Wahlprüfsteinen des Mieterbundes eben das strikt ausgeschlossen hatte.

Attraktiv auf den ersten Blick erscheint dieser Weg vor allem weil sich mit dem geschätzten Erlös der kommunale Haushalt auf einen Schlag sanieren lassen würde, wenngleich keines der strukturellen und planerischen Problem als Ursachen der Schieflage angegangen werden würde. Zudem würde der Verkauf der Stadt ein sozial wichtiges Steuerungsinstrument aus der Hand nehmen, das zum einen positiv auf die ohnehin sehr hohen Freiburger Mieten wirken würde und zum anderen vielen Menschen mit wenig Geld die Möglichkeit auf bezahlbaren Wohnraum lässt. Jüngste Posse in diesem Zusammenhang war eine eilig vorgelegte Studie der Stadt, die beweisen sollte, dass gar kein so großer Teil der Stadtbaubewohner Hartz IV empfängt. Dies mag zwar irgendwie richtig sein, klammert aber vollkommen soziale Wohnprojekte und vor allem die vielen Geringverdiener und Wohngeldbezieher aus.

In der Stadt hat sich ein breiter Widerstand gegen dieses Vorhaben der Ratssausspitze gebildet, der im wesentlichen von der BI Wohnen ist Menschenrecht getragen wird. Deren Sprecher kommen u.a. aus den Gemeinderatsfraktionen der Linken Liste LISST und der SPD. Parteien und Verbände wie der DGB, der Mieterbund, die WASG, Linkspartei, SPD und DKP unterstützen die BI zusätzlich. Auf der anderen Seite hat sich mittlerweile eine BI ProVerkauf gebildet, interessanterweise betont partei-unabhängig aber doch mit grünem Stallgeruch. Die Debatten der nächsten Wochen und Tage bleiben wohl interessant.

Ein Hoch dürfte die Diskussion jedoch erst erreichen wenn das erfolgreich eingereichte und von der BI Wohnen ist Menschenrecht initiierte Bürgerbegehren den Freiburgern vorgelegt wird. Dies wird wohl am 12. November 2006 der Fall sein. Derzeit wartet das Bürgerbegehren auf seine Bearbeitung durch den Ge-



Am 1. Juli demonstrierten 2000 Menschen gegen den Wohnungsverkauf. Die Linke fordert: Vermögensteuer statt Wohnungsverkauf!

meinderat, der die genaue Fragestellung gemäß dem Geist der Einreicher formulieren muss. Trickereien von Seiten der schwarz-grünen Gemeinderatsmehrheit sind dabei nicht ausgeschlossen. Eine möglichst radikale Formulierung, soll

#### Forderungen der BI

Kein Verkauf der städtischen Wohnungen weil...

...sonst die Mieten in ganz Freiburg steigen!

Nicht nur die der ehemaligen städtischen Wohnungen! – Denn jeder Vermieter darf die Miete auf bis zu 20% über den Mietspiegel erhöhen. Ohne Konkurrenz von günstigen Wohnungen werden sich die Mieten, und damit auch die Immobilienpreise, nach oben schaukeln!

...sonst keine Sanierung stattfindet!

Weingarten-West und (ehem. städtische) „unattraktive“ Wohnungsbestände werden nicht saniert!

...sonst Luxussanierungen durchgeführt werden!

Früher oder später wird es zu Luxussanierungen kommen und es wird dann bald keine preisgünstigen Wohnungen in Freiburg mehr geben!

...sonst die Zahl der Arbeitslosen steigt!

Neben den Mitarbeitern der Stadtbau sind auch zahlreiche Handwerksbetriebe, Architekten und Ingenieure von der Stadtbau finanziell abhängig!

möglichst viele Menschen davon abhalten der Forderung der BI zuzustimmen. Während die BI und die LISST auf eine Formulierung drängen die sich auf das grundsätzliche Vorhaben des OB beschränkt – den Verkauf der Stadtbau als Ganzes an einen Investor – versucht die Stadtverwaltung eine Formulierung auszudrücken, die „Verkauf“ als solches benennt, und als ggf. als sinnvoll zu

erachtende Vorschläge wie den Verkauf von Streubesitz oder an eine Mietergenossenschaft auch ausschließt. Zu den prüfungswürdigen Vorschlägen würde z.B. für die Unabhängigen Listen (u.a. LISST) der Vorschlag des Bauvereins für die Gründung einer Genossenschaft zählen, die Anteile der Stadtbau übernehmen könnte, allerdings müssten für die LISST auch dabei immer die Verbesserung der Einnahmeseite der Stadt im Blickfeld bleiben.

Aktuelle Informationen zum Bürgerbegehren und zur Arbeit der BI vor Ort: [www.wohnen-ist-menschenrecht.de/](http://www.wohnen-ist-menschenrecht.de/)

Gregor Mohlberg

## Kornelia Möller linke OB-Kandidatin für Tübingen

Bei nur einer Enthaltung entschied sich eine gemeinsame Versammlung von Linkspartei.PDS, WASG und Tübinger Linke für die Unterstützung einer OB-Kandidatur von Kornelia Möller. Am Freitag, den 7. Juli 2006 fand im Schlatterhaus eine gemeinsame Mitgliederversammlung von Linkspartei.PDS, WASG und Tübinger Linke statt, zu der 30 Mitglieder und Interessierte kamen. Nach einer Begrüßung durch Tübinger Linke-Vorstand Jens Rüggeberg wurden WASG-Kreisvorsitzender Emanuel Peter, Linkspartei-Kreisrat Bernhard Strasdeit und Tübinger Linke-Vorstand Julia Günther zur Tagungsleitung bestimmt.

Es folgte eine Diskussion mit zahlreichen Wortbeiträgen zum Thema „Warum eine linke Kandidatur?“. Hier

waren sich die Anwesenden weitgehend einig, dass es zur Amtsinhaberin Brigitte Russ-Scherer, sowie ihrem grünen Herausforderer Boris Palmer eine linke Alternative braucht. Den neoliberalen Ansätzen der beiden soll eine Konzept „Soziale Stadt“ entgegengesetzt werden. Dies bedeutet die Ablehnung der städtischen Ein-Euro-Jobs, von Zwangsumzügen von ALGII-EmpfängerInnen, Stellen- und Ausbildungsplatzabbau bei der Stadt, Erhöhung der Arbeitszeit und Privatisierung kommunaler Dienstleistungen, sowie die Forderung, Aufträge nur noch an Firmen zu vergeben, die mindestens Tariflohn zahlen.

Deshalb wurde Kornelia Möller von den Vorständen und der Fraktion angefragt und als OB-Kandidatin vorgeschlagen. Die 45-jährige Diplom-Sozialökonomin und Soziologin ist arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag. Seit 1989 engagiert sich Möller in sozialen und politischen Bewegungen. Seit 2002 ist sie Mitglied der PDS, seit 2005 Beisitzerin im Landesvorstand der bayerischen PDS. Möller kam 2005 in den Bundestag. Sie ist scharfe Gegnerin der Hartz-Gesetze und prangert aktuelle Verschärfungen beim Arbeitslosengeld (ALG II) als menschenunwürdig an. Sie tritt für einen Mindestlohn von 8 Euro pro Stunde aufwärts ein und meint zu den städtischen Ein-Euro-Jobs: „Es gibt immer mehrere Wege und Ein-Euro-Jobs sind immer der schlechteste. Stattdessen ist es möglich existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen.“

Es wurden keine weiteren KandidatInnen vorgeschlagen. In einer gemeinsamen, geheimen Abstimmung stimmten bei einer Enthaltung 24 Personen für die Unterstützung von Möllers Kandidatur. Diese bekam eine rote Rose überreicht und bedankte sich für das Vertrauen. In den nächsten Wochen wird Kornelia Möller zusammen mit Mitgliedern von TüL, WASG und Linkspartei und Interessierten aus sozialen Initiativen Eckpunkte für ein OB-Wahlprogramm erarbeiten.



## Mannheim: Durch Hartz IV keine neuen Arbeitsplätze

**Die bundesweite Diskussion über Pro und Kontra der Zusatzjobs hat seine Berechtigung, denn nach wie vor gilt es, die Arbeitslosigkeit in unserem Land zu bekämpfen und nicht die erwerbslosen Menschen.**

Und solange die Forderung von Sozialverbänden, Arbeitsloseninitiativen, Montagsdemo, der Linkspartei, Linke Liste Mannheim „Hartz IV muss weg“ keine Einsicht bei den Verantwortlichen der Reform und der großen Koalition findet, muss eben die Diskussion aufrecht erhalten bleiben.

Denn die hoch gelobte Reform Hartz IV hat ihr Ziel verfehlt, eine effektive Senkung der Arbeitslosigkeit konnte durch die Einführung des SGB II Gesetzes nicht erreicht werden.

Dies belegen die Zahlen der Informationsvorlagen 250/06 und 075/06, die im Sozialausschuss des Mannheimer Gemeinderats am 29.6.2006 vorgelegt wurden:

Seit Ende 2005 bis zum aktuellen Zeitpunkt Juni 2006 stiegen die Bedarfsgemeinschaften von 16.333 auf 16.925 in Mannheim an. Aufgrund der erheblichen Ausweitung der Bedarfsgemeinschaften sind Verwaltung und die ARGE nicht in der Lage, die vielen berechtigten Fragen der Öffentlichkeit zu beantworten.

Der Anstieg der Heizkosten von ca. 10 Cent/Kwh. führt zu 1,5 Mio. € Mehrkosten jährlich, aufgrund der steigenden Bedarfsgemeinschaften ist nicht abzuwägen, wie hoch sich die Heizkosten für die Kommunen bis Ende des Jahres wirklich belaufen werden.

Die Möglichkeit durch Zusatzjobs „als einziger Zugang zum Arbeitsmarkt“ wird in der Vorlage als positiv attestiert, widerlegt aber nach wie vor die Tatsache, dass Zusatzjobs nicht als Instrument zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt dienen, sondern viele Arbeitssuchende aufs Abstellgleis gestellt werden.

Auf den Antrag 289/06 der Linken Liste Mannheim „Zwischenbilanz der Ein-Euro-Jobs und Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante“ erhielten wir folgende Antworten:

Das Instrument der Zusatzjobs wurde mit aller Sorgfältigkeit behandelt.

Mit der Umsetzung des SGB-II-Gesetzes wurden ca. 1000 Sozialhilfe-Haushalte aus der Sozialhilfe geholt und in Arbeit gebracht.

Es wurden 1365 Zusatzjobs in der Variante mit Mehraufwandsentschädigung (ein Euro) eingerichtet 1053 sind davon besetzt, 312 noch unbesetzt. Über die Hälfte 57% (785 Stellen) der Zusatzjobs werden von den Wohlfahrt-

verbänden gestellt, 36% (486 Stellen) von der Stadtverwaltung und städtischen Betrieben, sonstige 7% (94 Stellen) das sind kleinere Beschäftigungsgeber z.B. Sportvereine.

4 Zusatzjobber haben dadurch einen Arbeitsplatz erhalten.

Zur Zeit werden bzw. sind neun Jobbörsen eingerichtet.

Für die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung wurden von der ARGE Mannheim 1,6 Mio. € eingesetzt.

Die Träger erhalten für die Betreuung der Teilnehmer mit der Variante Mehraufwandsentschädigung und ebenso der Entgeltvariante eine Trägerpauschale bis zu 300 € monatlich.

Für die Arbeitsgelegenheiten mit der Entgeltvariante hat die ARGE Mannheim zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse 1,4 Mio. € eingesetzt.

Es gibt nach wie vor große Probleme bei der Berechnung von ALG II aufgrund der Software A2LL (Fehlbescheide).

Zukünftige Problematik durch Gesetzesänderungen, z.B. bei Nichtannahme eines Zusatzjobs werden die Leistungen ganz gestrichen, Reduzierung des ALG I für langjährige Arbeitnehmer, Zivil- und Wehrdienstleistende erhalten kein ALG I, es sind 70 Gesetzesänderungen in Planung!

Es ist kein einziger Missbrauch bei Zusatzjobs von Seiten der Beschäftigungsträger in Mannheim bekannt.

Missbrauch der Beschäftigungsträger für Zusatzjobs würde zu Sanktionen und Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft führen.

Stadträtin Kuch beanstandet, dass die öffentliche Hand keine neuen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schafft, die die Bezieher von Transferleistungen unabhängig machen und noch positive Nebeneffekte für Kommune und Konjunktur mit sich bringen.

Anstelle der Zusatzjobs wären sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen mit einem Mindestlohn (ob 8 oder 10 € /Std. hat Diskussionsbedarf) effektiver.

Denn es ist in Frage zu stellen, ob vereinfachte Verwaltungstätigkeiten, Hilfe bei Gartenarbeiten oder Unterstützung bei Hausmeistern der Zusätzlichkeit entsprechen. Realität ist, dass auch Hausmeister, Gärtner oder die Verwaltungsangestellten diese Arbeiten sowie erledigen müssen. Wenn diese Aufgaben schon aufgeteilt werden, was ja bei den heutigen Anforderungen an die Beschäftigten begrüßenswert ist, dann muss jeder Aufgabenbereich gerecht entlohnt und nicht in eine Art Zweiklassen-Zusatzjob umfunktioniert werden, den die ARGE dann Erwerbslosen für einen Euro zumutet. Oder noch schlimmer:

viele qualifizierte Erwerbslose nehmen unterqualifizierte Beschäftigungen in Kauf, um nicht zu Hause zu sitzen. An dieser Stelle finden die Vorwürfe der angeblichen Ausbeutung ihre Berechtigung. Und die Zahlen und Statistiken dieser Vorlage bestätigen dies.

Zusatzjobs mit der Entgeltvariante sind ein zaghafter Schritt dem schlechten Image der Ein-Euro-Jobs entgegen zu wirken, haben aber nach wie vor den Nachteil, dass sie unterbezahlt und nur auf neun bis zehn Monate befristet sind. Die Betroffenen werden nach Vertragsablauf erneut an SGB II-Leistungen geknebelt. Zu der dadurch ausgelösten Unsicherheit bei den Betroffenen, weil sie nicht wissen, wie es nach Ablauf des Vertrages weitergeht, nahm die Verwaltung keine Stellungnahme.

### Fazit:

Die Fragen im Antrag 289/06, die in Zusammenarbeit mit dem Verdi-Erwerbslosenausschuss und Linke Liste Mannheim erarbeitet wurden und die Befürchtung eines Missbrauch bei Zusatzjobs mit der Variante Mehraufwandsentschädigung und Entgeltvariante durch die Beschäftigungsträger hervorheben, wurden von der Verwaltung ungenau oder gar nicht beantwortet. Aus diesem Grund hält die Linke Liste Mannheim ihre Kritik und Befürchtungen an der Umsetzung des SGB II-Gesetzes weiterhin aufrecht.

Die hoch gelobte Reform Hartz IV hat eben ihr Ziel verfehlt

*Stadträtin Gudrun Kuch, LiLiMa*

## Stuttgart: 1-Euro-Jobs und reguläre Arbeitsverhältnisse

„5000 Chancen. Aktiv für Stuttgart“ heißt das Programm, das der Stuttgarter Gemeinderat für die Einrichtung von 5.000 1,5-Euro-Jobs im vergangenen Jahr beschlossen hat.

Obwohl die Definition der Zusätzlichkeit dieser Arbeiten im Verständnis des Stuttgarter Verantwortlichen für das JobCenter, des Stadtkämmerers Föll, alle Scheunentore öffnet – sinngemäß: zusätzlich ist, was im öffentlichen Interesse ist und nicht aus dem Haushalt bezahlt werden kann –, sind bisher statt 5000 nur 203 Arbeitsgelegenheiten in Stuttgart mit 1,5-Euro-Jobbern besetzt worden, davon 94 bei der Stadt Stuttgart. Im Beirat des JobCenters sitzen der DGB und die IHK und die Handwerkskammern, die alle darauf achten, dass reguläre Arbeitsplätze nicht wegkonkurriert werden.

Die Linke.PDS im Stuttgarter Stadtrat hat am 16.5. angefragt: 1. Welche Tätigkeiten an welchen Stellen werden von den in 1,5-Euro-Jobs-Beschäftigten

bei der Stadt Stuttgart ausgeführt? 2. Welche Kosten entstehen, wenn diese Stellen in reguläre versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden (berechnet für die jetzt beschäftigten Personen)? 3. Was ist die Differenz zwischen den Kosten von regulären Arbeitsverhältnissen zu den Kosten, die das JobCenter für diese bezahlen muss? (...) 4. Welche gesetzlichen oder sonstigen rechtlichen Vorschriften hindern die Stadtverwaltung, die 1,5-Euro-Jobs in reguläre versicherungspflichtige Tätigkeiten umzuwandeln?

**Die Antwort des Kämmers:** Am 7. Juli in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnen gab der Stadtkämmerer die Antwort.

Zur ersten Frage: Von den 203 Jobs des Programms sind 94 derzeit bei der Stadtverwaltung besetzt, die meisten im Bereich des Schulverwaltungsamtes und der Sozialverwaltung, zum Beispiel in Schulsekretariaten, in der Schülerbetreuung, in den Generationenhäusern. Die Tätigkeit wird überwiegend als „Assistenz“ bezeichnet. Der Anteil von Migranten ist weitaus geringer als ihr Anteil an den Langzeitarbeitslosen. Die Teilnahme am Programm ist freiwillig, und die Ablehnung und die Fluktuation sind minimal. Die Stadtverwaltung nennt ihre 1,5-Euro-Jobs „nachhaltig“. Das sind sie allenfalls aus Sicht der Ämter, die diese Arbeit billig anwenden. Für die Jobberinnen und Jobber sind sie nicht nachhaltig. Sie arbeiten oft unter ihrer Qualifikation, können diese also nicht ausbauen oder wenigstens erhalten, und nach sechs, neun oder zwölf Monaten hängen sie wieder beim JobCenter.

Zur zweiten und dritten Frage: Der CDU-Stadtkämmerer stellt erwartungsgemäß fest, 1,5-Euro-Jobs seien weitaus billiger als reguläre Jobs – das, obwohl gerade die CDU nicht müde wird zu erklären, die 1-Euro-Jobs seien zu teuer bzw. die Kosten für Alg II viel zu hoch und dass man bei diesen Leistungen sparen müsse. Jetzt kommt Föll also zu der Aussage: Die 1,5-Euro-Jobs in Stuttgart kosten pro Jahr 11.112 Euro, bei Umwandlung in reguläre städtische Arbeitsverhältnisse in Tarifgruppe 3/2 TVöD mit 30 Wochenstunden kämen 22.560 Euro Jahreskosten zustande, also gut das Doppelte.

Diese Eingruppierung stieß bei Sachkundigen aus Sozialverbänden auf Erstaunen. Sie ergibt ungerechnet einen Bruttostundenlohn von ca. 10,30 Euro und ist durch die Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst und das Weihnachtsgeld nicht vergleichbar mit den Niedriglöhnen für einfache Arbeit in der freien Wirtschaft.

Zur vierten Frage: Gegen die Einrichtung regulärer Arbeitsverhältnisse sprächen finanzielle Gründe. Rechtliche konnte Föll keine nennen.

**Die Linke.PDS hat nachgerechnet ...** und dem Kämmers ins Stammbuch geschrieben: „Ihre Rechnung ist sehr interessant (will sagen einseitig). Die 1,5-Euro-Jobs rechnen Sie heftig billig.“

Zum einen hat Föll die durchschnittliche Kosten für die Unterkunft mit 260 Euro viel zu niedrig angesetzt. Die Sozialverbände rechnen mit durchschnittlich 319 Euro in den Westbundesländern, Stuttgart mit seinen hohen Mieten liegt mit Sicherheit deutlich über dem Durchschnitt. Nach den Zahlen des ersten Quartalsberichts 2006 des JobCenters sind es 356 Euro. Föll hat außerdem „vergessen“, den Verwaltungsaufwand des JobCenters mitzurechnen, macht mindestens 78 Euro im Monat, nach den Angaben der Sozialverbände sogar 150 Euro. Außerdem hat Föll die Zahlungen der Stadt an das JobCenter für die Mehraufwandsentschädigung und die Fahrtkosten von 195 Euro und 61 Euro ab dem vierten Monat weggelassen. Rechnet man das alles dazu, kommt der 1,5-Euro-Job in Stuttgart auf gut und gern 15.500 Euro im Jahr. Zugegeben, das ist immer noch deutlich weniger, als das reguläre Arbeitsverhältnis kostet, eine Umwandlung der 1,5-Euro-Jobs wäre aber ein großer sozialpolitischer Fortschritt.

Würde die Stadt bzw. das JobCenter die 1,5-Euro-Jobs bestimmungsgemäß vergeben, so würden die 1,5-Euro-Jobs auch höhere Betreuungskosten entstehen. Denn in Stuttgart werden vom JobCenter nur Leute ohne Vermittlungshemmnisse vorgeschlagen. Die 1-Euro-Jobs sind aber eigentlich für solche Leute gedacht, die wegen Vermittlungshemmnissen auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Würden sie in das Programm genommen, müssten Betreuungskosten aufgewendet werden und man wäre auch in Stuttgart bei den Zahlen, welche die Sozialverbände als Kosten für die 1-Euro-Jobs zu Grunde legen, die auf Jahresgesamtkosten von 16.700 Euro kommen.

**Die Rechnung der Sozialverbände:** Die Sozialverbände machen einen Vorschlag, bei dem 1-Euro-Jobs auf einem zweiten Arbeitsmarkt für spezielle Tätigkeiten in sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten umgewandelt werden sollen. Dazu werden die Gelder, die jetzt von den Städten und vom Bund für Alg II, Kosten der Unterkunft, Mehraufwandsentschädigung und Betreuung aufgewendet werden, für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen eingesetzt. Rechnet man ein, dass der regulär Beschäftigte sowie der Arbeitgeber deutlich mehr als das JobCenter für den 1-Euro-Jobber in die Sozialversicherungen einzahlen, so hat man einen Rückfluss bei der öffentlichen Hand, der zu einer deutlichen Verbilligung von regulären Stellen gegenüber den

1-Euro-Jobs führt. Die Diakonie nennt ihren Vorschlag Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) und hat ihn bei einer Beratung der Sozialverbände Anfang Juli der Regierung bereits vorgestellt. Sie schlägt Tätigkeiten im Sozialbereich (also auch in ihrem eigenen) vor und will einen Bruttolohn von 7,50 Euro und 167 Stunden Arbeit im Monat.

Der Vorschlag der Diakonie wäre eine Form, wie ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor – den auch die Linkspartei.PDS schon lange fordert – umgesetzt werden könnte. Die Bundesregierung hat schon angekündigt, dass sie im Herbst über solche Fragen diskutieren will.

Ebenso steht zur Entscheidung an, wer in Zukunft in den JobCentern, Arbeitsgemeinschaften oder wie immer die Konstruktionen heißen, das Sagen hat. Die Leiterin der Arbeitsagentur Baden-Württemberg will die Entscheidungshoheit zurück haben, die Kommunen sollen nur zuarbeiten und sich ihre Leistungen bezahlen lassen. Die Kommunen, so auch Stuttgart, wollen allein Herr im Hause JobCenter werden. Das Argument, dass die Kommunen am besten ausbalancieren können zwischen einem zweiten, öffentlich geförderten Arbeitsmarkt und der Sicherung des örtlichen Handwerks und Mittelstandes, ist dabei sicher zu beachten.

Die gesamte Linke muss sich also mit solchen Rechnungen und den verschiedenen Vorschlägen rechnerisch und politisch genau auseinandersetzen, um selbst ein soziales und umsetzbares Konzept zu entwickeln. *Ulrike Küstler, Stadträtin Linke.PDS – offene Liste; eine Tabelle mit der Berechnung findet sich unter [www.stuttgart.de/pds](http://www.stuttgart.de/pds)*

**16.9. in Stuttgart, DGB-Haus:**

## **Gründung Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V.**

Dieser landesweite Verein für politische Bildung soll als gemeinnützige Organisation

- den Erfahrungsaustausch der linken Stadtrats- und Kreistagsmitglieder aus Linkspartei, WASG und befreundeten linken Listen organisieren,
- Bildungsveranstaltungen für kommunalpolitisch Aktive und Interessierte durchführen,
- Unterstützung geben für Leute, die an ihrem Ort aktiv in die Kommunalpolitik einsteigen wollen.

**Am 16. September 2006 findet die (öffentliche) Gründungsversammlung im DGB-Haus Stuttgart, Kleiner Saal, von 10 bis 16 Uhr statt.** Hier geht es um den formalen Gründungsakt und die Beschlussfassung über die Zielsetzungen,

das Statut und ein erstes Bildungsprogramm.

Am 1. November 2006 findet von 10 bis 16 Uhr die erste baden-württembergweite Bildungsveranstaltung im Turmforum, Hauptbahnhof Stuttgart, statt. Thema: Die Finanzierung öffentlicher Einrichtungen – Wie funktionieren PPP (Public Private Partnership) bzw. ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft)? Welche kurz- und langfristigen Folgen haben diese Finanzierungsmodelle? PPP bzw. ÖPP werden von der Bundes- und Landesregierung durch neue Gesetze stark gefördert. Vor allem überschuldete Kommunen, die es auch in Baden-Württemberg gibt, aber auch reiche Gemeinden sehen darin einen Weg, notwendige öffentliche Investitionen zu ermöglichen.

Für den Februar 2007 sind drei regionale Veranstaltungen vorgeschlagen, die das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. gemeinsam mit Kräften vor Ort durchführen will:

- Freiburg: Kommunale Wohnungswirtschaft,
- am Bodensee: Aufgaben der Kommunen in der Bildungspolitik,
- Mannheim: Kommunale Wirtschaftspolitik.

Wir laden zu der Gründung und zu den Veranstaltungen alle ein, die linke Kommunalpolitik machen oder vorbereiten.

Anmeldung bis Ende August und Kontakt über den Landesvorstand der Linkspartei.PDS Baden-Württemberg. Allen Interessierten/Angemeldeten werden die Tagungsunterlagen zugeschickt. Für die Vorbereitungsgruppe: Gudrun Kuch, Ulrike Küstler, Thomas Mitsch, Reinhard Neudorfer, Bernhard Strassleit

### **Entwurf für das „Selbstverständnis des Forums Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V.“**

Das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. ist ein parteiunabhängiger kommunalpolitischer Bildungsverein; er steht dem Parteibildungsprozess der Linken nahe.

Das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. stellt sich zur Aufgabe, Einwohnerinnen und Einwohner zur demokratischen Mitwirkung an der kommunalen Selbstverwaltung zu motivieren. Unser Ziel ist es, durch ein breitgefächertes Bildungsangebot und gezielten Erfahrungsaustausch gewählte und künftige kommunale Mandatsträger/-innen in ihrer Tätigkeit zu unterstützen bzw. sie zu ermuntern, bei den nächsten Kommunalwahlen für den Gemeinderat, den Stadtrat, den Kreistag, das Regionalparlament Stuttgart oder gar für das Amt des Bürgermeisters / der Bürgermeisterin oder des Ortsvorstehers / der Ortsvorsteherin zu kandidieren.

Kommunale Selbstverwaltung bedeutet demokratische Organisation wesentlicher Funktionen der Daseinsvorsorge. Kommunale Selbstverwaltung braucht das ehrenamtliche Engagement der Menschen, die mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sind, die bereit sind, sich einzumischen und die viel Zeit und Kraft aufwenden, um in ihrer Gemeinde, ihrer Stadt oder ihrem Landkreis die Lebensbedingungen sozial zu entwickeln und solidarisch zu gestalten. Ihr Wirken als gewählte Mandatsträger/-innen oder als sachkundige Einwohner/-innen in den Kommunalvertretungen schafft zivilgesellschaftlichen Einfluss und Sachnähe im kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess.

Dieses kommunale Engagement kann um so erfolgreicher sein, je besser die Akteure das Instrumentarium der baden-württembergischen Kommunalverfassung (Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, Kommunalabgabengesetz, Kommunalwahlgesetz, Finanzausgleichsgesetz, Regionalwahlgesetz u.a.m.) beherrschen und in der Lage sind, die oft engen Spielräume in der Gesetzgebung zu nutzen.

Zivilgesellschaftliches Engagement für die kommunale Selbstverwaltung erfordert mehr als das Ablegen von Bekennnissen. Das kommunale Geschehen sachkundig mitzugestalten verlangt vielmehr, sich auch das nötige Fachwissen anzueignen und die bereits vorhandenen Erfahrungen zu studieren. Hierin sieht das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. sein wichtigstes Wirkungsfeld. Hier laden wir zur kritischen und konstruktiven Mitarbeit ein!

Die Stadt- und Gemeinderäte, die Kreistage und das Regionalparlament sind die kommunalen Hauptorgane; in ihrer Stärkung sowie der vollen Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten und Rechte der gewählten Kommunalvertreter/-innen sehen wir auch die kommunale Demokratie gestärkt. Wir verteidigen die Selbstverwaltung der Gemeinden.

In der Tradition der sozialistischen Bewegungen stehend, will das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. eine Ausweitung der direkten Demokratie, mehr unmittelbare Beteiligung der Einwohner/-innen an den kommunalen Angelegenheiten erreichen. Neben der Erleichterung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden sind wir für die umfassende Information und die rechtzeitige Einbeziehung der Einwohner/-innen in wichtige Selbstverwaltungsangelegenheiten, so insbesondere bei allen abgaberelevanten Satzungen, und treten ein für ein partizipatives Haushaltsrecht.

In unserem Wirken sehen wir uns

den Grundwerten des demokratischen Sozialismus verpflichtet. Das heißt: Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und des Friedens sind für uns untrennbar verbunden und die Grundlagen unseres kommunalpolitischen Handelns!

## **Gemeinsamer Landesarbeitskreis Ökologie**

Am Dienstag, den 11. Juli hat sich zum dritten Mal der gemeinsame Landesarbeitskreis von Linkspartei und WASG zum Thema Ökologie in Stuttgart getroffen.

Auf dem letzten Treffen stand die Entwicklung und Verteilung des Energieverbrauchs im Mittelpunkt. Es wurde deutlich, dass wir erhebliche Energiemengen einsparen müssen, wenn wir auf die Atomenergie ganz verzichten wollen und der Verbrauch an fossilen Energierohstoffen auf ein umweltverträgliches Maß reduziert werden soll.

So wurde dieses Mal bereits ein erstes Konzept diskutiert, um einige der gigantischen ökologischen Probleme in den Griff zu bekommen. WASG-Landessprecher Damian Ludewig war eingeladen seinen Ansatz einer ökosozialen Ressourcensteuer vorzustellen, die wirksamen Umweltschutz mit mehr Arbeit und sozialer Gerechtigkeit verbinden soll. Kernidee ist, dass natürliche Ressourcen unverdient sind, und daher allen Menschen zu gleichen Teilen gehören sollten. Da die Rechte an natürlichen Ressourcen bereits verteilt sind und eine tatsächliche Aufteilung auf alle Menschen nicht praktikabel erscheint, schlug Damian Ludewig als Hilfskonstrukt deren Besteuerung vor. Ihre Nutzung und Ausbeutung dürfe nicht frei und so zum Profit einiger Weniger stattfinden.

Wer viele Ressourcen verbraucht zahlt insgesamt drauf, weil seine Ressourcensteuerzahlungen über dem Ökobonus liegen werden, wer sich ökologisch verhält gewinnt. Da Menschen mit hohen Einkommen mehr Ressourcen verbrauchen würden sie belastet, während Menschen mit geringem Einkommen entlastet werden.

Unternehmen erhielten den Anreiz, Ressourcen, statt Menschen überflüssig zu machen und die Arbeitszeit zu verkürzen.

Der Beitrag von Damian Ludewig zu einer öko-sozialen Ressourcenbesteuerung wird in den nächsten Wochen als Standpunkt Papier der Rosa-Luxemburg-Stiftung erscheinen.

**Das nächste Treffen des Landesarbeitskreises Ökologie findet am Dienstag, den 19. September um 19 Uhr im Landesbüro in Stuttgart statt.**

Kontakt: Franz Groll, 07056-2391, [franz.groll@web.de](mailto:franz.groll@web.de)

# ['solid]

die linke jugend

## Linke Jugendarbeit im Südwesten

Seit 1996 macht der Jugendverband solid linke Jugendarbeit im Südwesten. Zunächst bei der Linkspartei und seit 2002 auch zusammen mit der neugegründeten WASG. Im Jugendverband organisieren sich heute schon viele junge Mitglieder der Linkspartei und der WASG sowie parteiunabhängige Jugendliche.

Politisch engagiert sich der Jugendverband vor allem gegen Jugendarbeitslosigkeit, rassistische und rechtsextreme Umtriebe und den neoliberalen Raubbau am Bildungs- und Sozialsystem sowie der Natur. In den letzten Jahren war solid in Baden-Württemberg aber auch immer ein wichtiger Teil der Wahlkämpfe und eine Möglichkeit junge Mitglieder in die politische Arbeit vor Ort zu integrieren. So gehört zum Angebot von solid auch die Organisation und Durchführung von Bildungsveranstaltungen und regionalen politischen Camps zu Pfingsten und im Sommer.

Weitere Informationen zu solid finden sich natürlich auch im Internet unter [www.solid-bw.de](http://www.solid-bw.de) und [www.linke-jugend-bw.de](http://www.linke-jugend-bw.de). Aktuelle Termine, Presseerklärungen, Downloads (Flyer), Aktionsaufrufe aber auch Kontaktmöglichkeiten zum Landesbüro und örtlichen Strukturen werden regelmäßig aktualisiert.

## Mitmachen, Mithelfen

Alle Ortsgruppen der WASG und der Linkspartei und Interessierte haben die Möglichkeit im Landesbüro Material der linken Jugend zu bestellen. Es gibt eine Vielzahl von Aufklebern, Plakaten und Flyern.

Gerne kommen auch Mitglieder des Jugendverbandes vorbei und stellen die Arbeit des Verbandes vor und helfen bei der Gründung von örtlichen Jugendstrukturen. Das Landesbüro ist wochentags von 10-16 Uhr besetzt. Im Landesbüro arbeiten Gregor aus Freiburg, Jan aus Geislingen und Vadim aus Karlsruhe.

**RICHTIG-WICHTIG:**  
**Landesjugendtreffen**  
**30. September in Tübingen**  
 Alle linken Jugendlichen, WASG-ler und Linksparteiler sind herzlich eingeladen!  
 Nähere Infos unter [www.solid-bw.de](http://www.solid-bw.de)



## Landes-Workshop: Einsteiger- und Neumitgliedertreffen

Am Wochenende vom **16. bis 17. September 2006** veranstaltet der Landesverband in **Heidelberg** (im Quirl) an alle Neumitglieder und Politeinsteiger gerichtetes Einsteiger-Seminar! Inhalt: Vorstellung solid, Aktionsideen, Politik in Theorie und Praxis, handwerkliche Tipps, Möglichkeiten einer Gruppengründung, Vorbereitung einer konkreten Aktion, Finanzierung politischer Jugendarbeit. Anmeldung bitte verbindlich bis zum 10.09.06 an Markus Jakovac; Grenzhofer Weg 1/1, 69123 Heidelberg; oder per eMail an [heidelberg@solid-bw.de](mailto:heidelberg@solid-bw.de). Wenn ihr noch Fragen habt Tel: 0160-96438904 oder 06221-7289875.

## Bundes-Workshop: Politik für junge EinsteigerInnen

Diese Veranstaltung am **14.-15. Oktober 2006 in Würzburg** richtet sich an alle interessierten Jugendliche und junge Erwachsenen aus der WASG und der Linkspartei.



## ['solid] Landesbüro in Karlsruhe

Das [solid] Landesbüro ist in Karlsruhe in der Nähe des Marktplatzes. Durch die freundliche Unterstützung von Karin Binder (MdB) hat es einen Platz im regionalen WASG-Linkspartei-MdB-Büro gefunden. Das Büro ist zentrale Anlaufstelle des Landesverbandes. Hier kann man Material bestellen und Kontakt zu den Aktiven aufnehmen.

['solid] - die linke Jugend  
 Landesbüro Baden-Württemberg  
 Kreuzstr. 4  
 76133 Karlsruhe  
 Tel./Fax: 0721 - 3548 - 9341/9396  
 Mail: [info@solid-bw.de](mailto:info@solid-bw.de)  
 Net: [www.solid-bw.de](http://www.solid-bw.de)



Wer heute bei der Bildung spart, hat morgen noch schlechtere Politiker!



Drastisch dargestellt: Ein Hartz IV-Empfänger unter 25 Jahren soll daheim „eingesperrt“ bleiben. FOTO: MARKUS SONTHEIMER

## SOZIALES / „Solid“ von Linkspartei und WASG mit Infostand in Fußgängerzone

### Arbeitslose junge Leute müssen bei Eltern bleiben

GEISLINGEN ■ Wer noch keine 25 Jahre alt ist, aber weder Arbeits- noch Ausbildungsstelle hat, muss bei den Eltern wohnen. Nur dann erhält er 80 Prozent des so genannten Arbeitslosengeldes II („Hartz IV“). Darauf hat die „Sozialistische Jugend“ (Solid) mit einem Infostand in der Geislinger Fußgängerzone hingewiesen. Dabei handelt es sich

um den von Linkspartei und WASG anerkannten Jugendverband. Auf drastische Weise machten die jungen Leute auf die im Februar vom Bundestag beschlossenen Änderungen zu „Hartz IV“ aufmerksam: Sie setzten einen Jugendlichen in einen Käfig. In einem Infoblatt für die Passanten hieß es: „Statt den Jugendlichen

mehr Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben zu schaffen und damit Eigenständigkeit zu unterstützen, legt man ihnen neue größere Steine in den Weg.“ Die Forderungen der „linken Jugend“: Rücknahme der Hartz-Gesetze, eine Ausbildungsplatzumlage und das Verbot von Studiengebühren.



Rosa Luxemburg Forum  
für Bildung und Analyse in Baden-Württemberg e.V.

[www.rlf-bw.de](http://www.rlf-bw.de); [post@rlf-bw.de](mailto:post@rlf-bw.de); tel.: 07071/942436

**Linke Sommerschule  
Politische Ökonomie, Globalisierung und  
Neoliberalismus  
12.-15. August 2006, Naturfreunde-Ferienheim  
Schurwaldhaus,  
Im Trieb, 73669 Lichtenwald-Hegenlohe  
Eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Kurt-  
Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern**

**ReferentInnen**

**Bodo Ramelow**, Fusionsbeauftragter der Linkspartei.PDS  
**Christoph Lieber**, Redaktion Zeitschrift „Sozialismus“  
**Fanny Zeise**, Kontaktstelle Soziale Bewegungen bei der Bundestagsfraktion DIE LINKE

**Anmeldung**

Für die Sommerschule steht nur eine begrenzte Zahl von Plätzen zur Verfügung. Eine Anmeldung ist deshalb erforderlich. Anmeldeschluss ist der 30.7.2006

**Teilnahmebeitrag**

incl. Übernachtung und Vollverpflegung für die gesamte Dauer 50€ pro Person  
Erwerbslose, Schüler und Studenten 30€  
Kinder 20€ (Kinderbetreuung vorhanden)  
Teilnahme an Einzeltagen: 15 € pro Tag (bitte bei der Anmeldung die genauen Tage angeben, an denen Sie teilnehmen möchten)

**Anmeldung an**

Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg  
c/o Alexander Schlager, Nürtinger Str. 31, 72074 Tübingen  
per e-Mail: [post@rlf-bw.de](mailto:post@rlf-bw.de); per Tel.: 07071/642436; per Fax: 07121/371192

**Bankverbindung**

Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg  
Kto.-Nr. 392 620 708 Postbank Stuttgart BLZ 600 100 70

**Programm**

**Anreise**

Fr. 11.8. abends bzw. Sa. 12.8. bis 9 Uhr möglich

**Samstag 12.8.**

9:00 Uhr  
9:30 Uhr  
10:30 Uhr

Begrüßung  
Vorstellung TeilnehmerInnen & Ablauf  
Einstieg in die politische Ökonomie (Referent: Christoph Lieber)

-- Mittagspause --

14:00 Uhr

Workshops:  
a) Wie entstehen Profite? (Mehrwert)  
b) Was ist Globalisierung? (Imperialismus)  
c) Wert und Bedeutung der Arbeitskraft (die Arbeitskraft, Kampf zwischen Kapital und Arbeit)

**Sonntag 13.8.**

9:30 Uhr  
11:30 Uhr

Ergebnisse der Workshops  
Diskussion

-- Mittagspause --

14:00 Uhr

Neoliberalismus & Globalisierung (Referent: Christoph Lieber)

16:00 Uhr

Fortsetzung mit Diskussion

**Montag 14.8.**

9:30 Uhr  
11:00 Uhr

Diskussion zu Neoliberalismus und Globalisierung  
Impulsreferate von Bodo Ramelow und Fanny Zeise:  
Welche Aufgaben hat die neue Linkspartei und wie soll sie innerhalb des Neoliberalismus diesem auf den verschiedenen Ebenen entgegenwirken?  
(Neue Linke, Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften auf verschiedenen Ebenen)

-- Mittagspause --

13:30 Uhr

Aussprache und Diskussion

abends Kulturprogramm

mit **Thomas Felder**, schwäbischer Liedermacher

**Dienstag 15.8.**

9:30 Uhr  
ab ca. 11:00

Abschlussdiskussion und Auswertung  
Heimreise

V.i.S.d.P.: Alexander Schlager, Nürtinger Str. 31, 72074 Tübingen



Rosa Luxemburg Forum  
für Bildung und Analyse in Baden-Württemberg e.V.

[www.rlf-bw.de](http://www.rlf-bw.de); [post@rlf-bw.de](mailto:post@rlf-bw.de); 07071/942436

**Global-is-mus?**

**Gewerkschaftliche Strategiebildung**

**Im Spannungsfeld von Globalisierung, Europäisierung und nationalstaatlicher Orientierung  
Zwischen ArbeiterInnenvertretung, Neuen Sozialen Bewegungen und politischem System**

**30. September 2006, Esslingen, DGB-Haus Julius-Motteler-Str. 12, 10:00 – 16:00**

u.a. mit **Horst Schmitthenner** (IG Metall Verbindungsbüro Soziale Bewegungen), **Sieghard Bender** (1. Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle Esslingen), **Inge Bacayo** (Vorsitzende des europäischen Gesamtbetriebsrats von *Panasonic*), **Albrecht Kotitschke** (Vorsitzender des europäischen Betriebsrats von *Alstom*), **Regine Weidle** (ver.di Esslingen), **Annette Groth** (ATTAC EU-AG), **Bernhard Strasdeit** (Landessprecher der Linkspartei in Baden-Württemberg), **Bernd Riexinger** (geschäftsführendes Vorstandsmitglied WASG Baden-Württemberg); Begrüßung und Moderation **Alexander Schlager** (Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg) und **Thomas Mitsch** (WASG Esslingen)

Impulsreferate und Diskussionen zu folgenden Themen:

- ◆ **Gewerkschaftliche Strategiebildung im Zeitalter der Globalisierung**
- ◆ **Internationaler Widerstand gegen den Abbau von Arbeitsplätzen – das Beispiel Panasonic**
- ◆ **Die Europäisierung der Rahmenbedingungen: Lissabon-Strategie und Dienstleistungsrichtlinie**
- ◆ **Erfahrungen bei der Zusammenarbeit europäischer Betriebsräte**
- ◆ **Erfahrungen und Probleme mit dem europäischen Gewerkschaftsbund**
- ◆ **Analyse des Streik im öffentlichen Dienst: Stellenabbau verhindert?**
- ◆ **Verbetrieblung der Tarifpolitik: Wie reagieren? Neue Herausforderung für die Zusammenarbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften**
- ◆ **Gewerkschaften, Neue Soziale Bewegungen und linke Parteien – ein strategisches Dreieck?**
- ◆ **Vernetzung der sozialen Bewegungen – Vernetzung mit den Gewerkschaften?**
- ◆ **Die Neue Linke als „verlängerter Arm“ der Gewerkschaften im Parlament?**

Nähere Informationen zu Ablauf und Programm demnächst unter  
[http://www.rlf-bw.de/cms/index.php?article\\_id=110](http://www.rlf-bw.de/cms/index.php?article_id=110)

V.i.S.d.P.: Alexander Schlager, Nürtinger Str. 31, 72074 Tübingen

## Antrag auf Satzungsänderung im Landesstatut der Linkspartei.PDS

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:  
**Änderung des Statuts der Linkspartei.PDS Baden-Württemberg**

1. Einfügen von zwei neuen Sätzen am Ende von VI.3 mit folgendem Wortlaut:

Ein Regionalverband kann gegründet werden, wenn in den jeweils betroffenen Kreisverbänden eine Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln einen entsprechenden Beschluss fasst. Sofern in einem Landkreis kein Kreisverband besteht, nimmt / nehmen die zuständige/n Basisorganisation/en diese Aufgabe wahr.

2. Änderung der Formulierung in VI.1, Satz 1 + 2

Statt „Kreisverbände“ soll es heißen: „Kreis – und Regionalverbände“

Begründung

Die Ziele eines Regionalverbandes sollen sein:

- Gegenseitige Unterstützung der Kreisverbände/BOen im Regionalverband
- Neue BOen gründen
- Zusammenarbeit fördern (bei der Einhaltung von Formalien sich gegenseitig stützen beispielsweise bei Gründungen neuer BOen, bei Einberufung zur Hauptversammlung, usw.)
- Materialkoordinierung (bei der letzten Bundestagswahl lief nicht alles optimal)
- Weiterbildungsseminare veranstalten
- Gemeinsame Aktionen durchführen
- Eine gemeinsame, lebendige Internetplattform mit Foren u.a.
- Gegenseitige Hilfe bei eigener Materialerstellung
- Pflege persönlicher Kontakte (Grillfeste, Jahresabschlussfeiern, usw.)
- Entlastung einzelner aktiver Mitglieder

*Eingereicht von den Vorständen der Basisorganisationen Geislingen, Göppingen, Ulm entsprechend Beschlüssen der Mitgliederversammlungen.*

### Alternative dazu: Beschlussantrag:

1. Die Landes-MV bestätigt die Absicht der Basisorganisationen Ulm, Geislingen und Göppingen, entsprechend Landesstatut (Artikel VI) zusammenfassend einen Regionalverband zu bilden. Der Regionalverband genießt die politischen Rechte eines KV. Die territoriale Abgrenzung zu anderen Basisorga-

nisationen erfolgt in Absprache mit dem Landesvorstand.

2. das Anliegen, Regionalverbände gründen zu können, wird in die Diskussion mit der WASG über eine gemeinsame! Landessatzung eingebracht. Die nächste Landes-MV diskutiert dazu Grundsätze und bildet eine Satzungsgruppe.

*wird eingebracht von Christoph Cornides, Elke Lison und Bernhard Strasdeit*

### Begründung, warum keine Satzungsänderung :

1. Das Anliegen (die BOs Ulm, Göppingen, Geislingen vernetzen sich in einem Regionalverband) ist bereits jetzt praktisch möglich und unter Beachtung unseres Landesstatuts (Artikel VI/3) sofort durchführbar.

2. Wir haben bislang keine rechtlich „echten“ Kreisverbände sondern wir haben Basisorganisationen und „Kreisverbände“, die sich regional definieren und Kreisverbandfunktionen ausüben können. Das gilt auch für den möglichen Zusammenschluss in einem „Regionalverband“.

3. Die Satzungsdebatte im LV sollte auf Bildung einer neuen (!) gemeinsamen Satzung gerichtet sein, wo das Anliegen eingebracht werden soll.

*Hinweis: kurz vor Drucklegung des Landesinfos zeichnete sich ab, dass dazu auf der LMV eine einvernehmliche Regelung getroffen werden kann.*

## Finanzbericht/Rechenschaftsbericht 2005 Parteifinanzen Linke.PDS Baden-Württemberg

Nebenstehend veröffentlichen wir den Finanzbericht des Landesverbandes für 2005, der im Mai 2005 vom Wirtschaftsprüfer geprüft und bestätigt wurde.

Wie aus dem Abschluss ersichtlich, hat der Landesverband im Jahre 2005 über die zentralen Zuschüsse und über die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich hinaus (in der Tabelle Einnahmen- Ausgabenrechnung der Posten „10. Zuschüsse von Gliederungen“) auch aus erheblichen Mitteln des Landesverbandes den Bundestagswahlkampf mitgetragen. Dafür wurden auch Reserven des Landesverbandes eingesetzt und insofern ergibt sich ein negatives Abschlussergebnis.

Die Steigerung der Mitgliedszahlen – 31.12.2004: 466, 31.12.2005: 624, 31.6.2006: 682 – hält weiterhin an.

*Christoph Cornides,  
Landesschatzmeister*



Eindrücke vom Landesparteitag der WASG am 15. Juli im Stuttgarter Gewerkschaftshaus.



# Rechenschaftsbericht Parteifinanzen 2005 Linke.PDS Baden-Württemberg

## Linkspartei.PDS - Landesverband Baden-Württemberg Anlagen zum Rechenschaftsbericht

### Vermögensrechnung 2005

	Gesamt
<b>Besitzposten</b>	
<b>A. Anlagevermögen</b>	
<b>I. Sachanlagen</b>	
1. Haus- und Grundvermögen	0,00 €
2. Geschäftsstellenausstattung	0,00 €
Summe Sachanlagen	0,00 €
<b>II. Finanzanlagen</b>	
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00 €
2. Sonstige Finanzanlagen	0,00 €
Summe Finanzanlagen	0,00 €
Summe Anlagevermögen	0,00 €
<b>B. Umlaufvermögen</b>	
I. Forderungen an Gliederungen	0,00 €
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00 €
III. Geldbestände	7.569,96 €
IV. Sonstige Vermögensgegenstände	9.285,34 €
Summe Umlaufvermögen	16.855,30 €
<b>C. Gesamtbesitzposten</b>	<b>16.855,30 €</b>

<b>Schuldposten</b>	
<b>A. Rückstellungen</b>	
I. Pensionsverpflichtungen	0,00 €
II. Sonstige Rückstellungen	600,00 €
Summe Rückstellungen	600,00 €
<b>B. Verbindlichkeiten</b>	
I. Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	0,00 €
II. Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00 €
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00 €
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	6.552,17 €
V. Sonstige Verbindlichkeiten	6.552,17 €
Summe Verbindlichkeiten	13.104,34 €
<b>C. Gesamtschuldposten</b>	<b>13.104,34 €</b>

**Reinvermögen** 9.703,13 €

## Linkspartei.PDS - Landesverband Baden-Württemberg Anlagen zum Rechenschaftsbericht

### Einnahmen- und Ausgabenrechnung 2005

	Gesamt
<b>Einnahmen</b>	
1. Mitgliedsbeiträge (zuordenbar)	55.308,73 €
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	10.130,76 €
3. Spenden von natürlichen Personen	30.933,74 €
Aufnahmegebühren	0,00 €
Spenden nicht zuordenbar	1.710,62 €
Summe Spenden von natürlichen Personen	32.644,36 €
4. Spenden von juristischen Personen	0,00 €
5. Einnahmen aus Unternehmensstätigkeit und Beteiligungen	0,00 €
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	7,62 €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von	
7. Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	81,40 €
8. Staatliche Mittel	0,00 €
9. Sonstige Einnahmen	1,00 €
Zwischensumme	98.173,87 €
10. Zuschüsse von Gliederungen	71.890,40 €
<b>11. Gesamteinnahmen</b>	<b>170.064,27 €</b>

<b>Ausgaben</b>	
1. Personalausgaben	18.865,27 €
2. Sachausgaben	27.355,54 €
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	56.309,62 €
b) für allgemeine politische Arbeit	78.537,76 €
c) für Wahlkämpfe	
d) für die Vermögensverwaltung einschließlich sich	
hieraus ergebender Zinsen	0,00 €
e) sonstige Zinsen	0,00 €
f) Sonstige Ausgaben	0,00 €
Summe Sachausgaben	162.202,92 €
3. Zuschüsse an Gliederungen	1.407,34 €
<b>4. Gesamtausgaben</b>	<b>182.475,53 €</b>

**Überschuß** 0,00 €  
**Defizit** -12.411,26 €





## Landesbüro

Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit,  
Landesbüro Baden-Württemberg,  
Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart  
Tel.: 07 11 / 2 29 39 42  
Email: info@wasg-bw.de

## Kreisverbände und Kontakte

### **Baden-Baden/Rastatt**

Dieter Hitscherich 76532 Baden-Baden 07221-991592 der.hit@web.de

### **Biberach**

Herbert Wilzek 88427 Bad Schussenried 07583/1451 herbert.wilzek@wasg-oberschwa-ben.de

### **Böblingen**

Harry Ladwig 71229 Leonberg 07152-52368 har-ryladwig@aol.com

### **Bodensee**

Patrick Endres, 07544-969709, patrick.endres@legion77.de

### **Breisgau/Hochschwarzwald**

Anton Wasmeier 79379 Müllheim 07631/748749 wasgmuellheim@yahoo.de

### **Calw/Freudenstadt**

Rolf Eberhard 72160 Horb-Talheim 07486-45490 rolf137@web.de

### **Esslingen**

Thomas Mitsch 73249 Wernau 07153/614699 mitsch.thomas@web.de

### **Freiburg/Emmendingen**

Peer Villwock, 0761-1376277, info@wasg-frei-burg.de

### **Göppingen**

Herbert Eckhoff 73312 Geislingen a.d.St 07331/66520 herbert.eckhoff@t-online.de

### **Heidelberg/Rhein-Neckar**

Heinrich Müller 69226 Nußloch 06224/16937 henri.mueller@t-online.de

### **Heidenheim**

Hasan Cildir 89522 Heidenheim 07321-22 975 cildir.hasan@web.de

### **Heilbronn**

Hasso Ehinger 74078 Heilbronn 07131/910366 ehinger.hasso@web.de

### **Hohenlohe/Schwäbisch-Hall**

Ernst Kern 74653 Künzelsau 07940 – 799495 ErnstKern@gmx.de

### **Karlsruhe**

Ute Gsöls-Puhl 76227 Karlsruhe 0721-9419352 gsoels-puhl@t-online.de

### **Konstanz**

Angelika Böhl 78464 Konstanz 07531/50526 angelikaboehl@swol.net

### **Lörrach**

Hans-Joachim Szmerlowski 79650 Schopfheim 07622/63027 ha.sz@t-online.de

### **Ludwigsburg**

Barbara Hoffmann 71638 Ludwigsburg 07141/921600 fbh.hoffmann@t-online.de

### **Main-Tauber**

Markus May 97877 Wertheim 09348-640 may-media@t-online.de

### **Mannheim**

Bernd Merling 68199 Mannheim 0621/ 4310265 asg-lv@merling.net

### **Neckar-Odenwald**

Peter Kuschminder 69437 Neckargerach 06263/427867 p.kuschminder@web.de

### **Ortenau**

Andrea Rummel 77855 Achern 07841-280138 tom-andi@t-online.de

### **Ostalb**

Roland Hamm 73431 Aalen 07361-35945 roland.hamm@gmx.de

### **Pforzheim/Enz**

Claus Spohn 75177 Pforzheim 07231/359230 claus.spohn@online.de

### **Ravensburg**

Christian Scheider 88212 Ravensburg 0751-7688735 christian.scheider@o2online.de

### **Rems-Murr**

Gabriele Grosse 73630 Remshalden 07151/271960 g.grosse@wasg-rem-murr.de

### **Reutlingen**

Petra Braun-Seitz 72768 Reutlingen 07121-600289 p.braun-seitz@t-online.de

### **Rottweil**

Enikoe Agnes Riek-Nagy 78628 Rottweil eniko-enagy@web.de

### **Schwarzwald-Baar**

Tanja Mienkowski 78609 Tuningen t.mienkowski@t-online.de

### **Sigmaringen**

Sonja Reinacher 88367 Hohentengen 07572 / 712045 sonja.reinacher@web.de

### **Stuttgart**

Cuno Hägele 70178 Stuttgart 0711/6645426 cunohaegle@web.de

### **Tübingen**

Emanuel Peter 72108 Rottenburg a.Neckar 07472-42096 emanuelpeter@gmx.de

### **Tuttlingen**

Norbert Brunner 78665 Frittlingen 07426/939929 norbbrunner@aol.com

### **Ulm/Alb-Donau**

Stefan Pofahl 89075 Ulm 0731 – 50 94 543 stefan@pofahl.de

### **Waldshut**

Simona Stöwer 79736 Rickenbach 07765/918187 simona.stoewer@web.de

### **Zollernalb**

Xenia Berger 72351 Geislingen 07428/918244 xenia.berger@vera-cruz.net

## Landesvorstand

### **Geschäftsführender Landesvorstand:**

Bernd Riexinger, (Landessprecher), Stuttgart, Tel. 0711-639711, E-mail: B.Riexinger-Wahlalterna-tive@web.de

Bernd Merling, Landesschatzmeister, Tel. 0621-4310265, asg-lv@merling.net

Franz Groll, Tel. 07056-2391, franz.groll@gmx.de

Annette Groth, Tel. 0711-6749810, info@annete-groth.de

### **Landesvorstand:**

Claus Achenbach, Xenia Berger, Jürgen Gulden, Silvia Ofori, Dirk Spöri, Stefan Straub, Peter Tholey.

## Kontoverbindung

### **WASG LV Baden-Württemberg**

Kto-Nr.: 2066300

BLZ: 670 900 00

Volksbank Rhein-Neckar

## www.wasg-bw.de

---

# DIE LINKE.

## Bundestagsabgeordnete

### **Wahlkreisbüro Ulrich Maurer**

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

### **Wahlkreisbüro Heike Hänsel**

Linkes Forum, Ammergasse 14, 72070 Tübingen, Tel. 07071/208810, Fax 07071/208812, info@heike-haensel.de, www.heike-haensel.de

### **Wahlkreisbüro Karin Binder**

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe  
Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de .

Presspost: E 43152  
Linke.PDS/WASG Landesinfo  
Baden-Württemberg

## Veranstaltungen, Termine, Hinweise

### ■ Mindestlohn-Seminar in Schwäbisch Hall

Am 22. Juli 2006, 13.30 Uhr bis 17 Uhr wird im Naturfreundehaus Lemberg, Schwäbisch Hall ein Mindestlohn-Seminar angeboten. Rückfragen bei Heidi Scharf, Schwäbisch-Hall.

### ■ Gründung: AG Kriegsgefahr und Friedenpolitik von WASG und Linke.PDS

29. Juli 2006 von 10 Uhr bis 16 Uhr im DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart.

Ansprechpartnerinnen: Kornelia Halach und Thomas Mitsch.

10 bis 12 Uhr – Einleitungsreferate und Diskussion u.a. mit Henning Zierock (Gesellschaft Kultur des Friedens). 12.45-14.45 Uhr – Thematische Diskussion / Allgemeiner Überblick über die anstehenden militär-/ friedenspolitischen Problemfelder“ u.a. mit Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisierung e.V.). 15 bis 16 Uhr – Zusammenfassung der Workshops und Erstellen eines Positionspapiers zur Kriegsgefahr und Friedenspolitik der Linkspartei und WASG Baden-Württemberg. Planungen für die weitere Arbeit der gemeinsamen Friedens AG.

Weitere Informationen über die Landesgeschäftsstellen von WASG und Linkspartei.

### ■ Seminar Kommunalpolitik in Reutlingen

am Samstag den, 29. Juli 2006 ab 10.30 Uhr (Ende offen) und Sonntag den, 30. Juli 2006 ab 10.30 Uhr (Ende ca. 16.00 Uhr) in Reutlingen, Nachbarschaftszentrum, Metzgerstr. 15

Vorgesehene Arbeitsschwerpunkte: Sozialpolitik (z.B. 1 €-Jobs in Reutlingen), Bildungspolitik (z.B. Ganztagsbetreuung in Reutlingen), Verkehrspolitik. Am Samstagabend wollen wir das Eckpunktepapier zum Zusammenschluss von WASG

und Linkspartei diskutieren. Anmeldungen bitte über die WASG Reutlingen.

### ■ Gewerkschaftliches Forum von Linke.PDS und WASG

„Nach der Agenda 2010 kommt es jetzt noch viel dicker.“ Die fünf Hauptangriffslinien der Großen Koalition: • Großangriff auf den Kündigungsschutz • Rente mit 67 • Statt mehr Arbeitsplätze verschärfter Druck auf die Hartz-IV-Empfänger • Gesundheitsreform mit dem Ziel die Unternehmer zu entlasten • Größte Steuererhöhung in der Geschichte der BRD. Diese für uns alle bedrohlichen Pläne erfordern Widerstand. Deshalb wollen wir im Kreis von aktiven Gewerkschaftern gründlich beraten über das was droht und wie wir den Widerstand organisieren können.

**Einladung: Treffen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus Nordwürttemberg, Samstag dem 23.9.2006 in Stuttgart, DGB-Haus, Beginn 10 Uhr.** Referat Michael Schlecht, anschließend Diskussion. Unsere aktuellen Alternativen gegen die neoliberale Politik: Mindestlohnkampagne und langfristiges Investitionsprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen, anschließend Diskussion. Was tun? Wir beraten über notwendige breite Aktionen zur Abwehr der neoliberalen Angriffe. Einleitendes Referat von Bernd Riexinger (Sprecher der WASG Baden-Württemberg, Bezirksgeschäftsführer ver.di Stuttgart) 15.30 Uhr Ende Entsprechende Beratungen sind auch für Mannheim am 16.9., Freiburg und Friedrichshafen geplant.

### ■ Kommunalpolitisches Forum

16.9.2006, Gründung des Forums Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V., Stuttgart, DGB-Haus, Kleiner Saal, 10 bis 16 Uhr.

1.11.2006, Finanzierung öffentlicher Einrichtungen (PPP, ÖPP), Turmforum im Hauptbahnhof Stuttgart, 10 bis 16 Uhr.

### ■ Berlinfahrten der Bundestagsabgeordneten

Auch in der zweiten Jahreshälfte finden auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Karin Binder, Heike Hänsel und Uli Maurer Berlinfahrten statt. Das sind dreitägige politische Bildungsfahrten, die in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert werden. Die Fahrten bieten Gelegenheit, die Arbeit unserer MdBs und der Linksfraktion kennen zu lernen. Daneben gibt es ein interessantes politisches Rahmenprogramm mit Besuchen von Mahn- und Gedenkstätten, Stadtrundfahrten uvm.. Fahrt, Unterbringung in Doppelzimmern und Verpflegung werden vom Deutschen Bundestag getragen. Anfragen und Anmeldungen ausschließlich über die Wahlkreisbüros. Verbindliche An-



meldungen bitte schriftlich unter Angabe von Name, Postadresse, Geburtsdatum, Telefon oder Email an:

**Wahlkreisbüro Karin Binder**, Kreuzstraße 4, 76133 Karlsruhe. Für Fahrten am 15. bis 18. Oktober 2006 und am 12. bis 15. November 2006. Ansprechpartnerin: Ute Gsöls-Puhl, Tel: 0721-3548575; mail: [ugp@karin-binder.de](mailto:ugp@karin-binder.de). **Wahlkreisbüro Heike Hänsel**, Ammergasse 14, 72070 Tübingen, für Fahrt am 18. Oktober bis 21. Oktober. Ansprechpartnerin: Traudl Horn, Tel. 07071-208810, Email: [traudel.horn-metzger@heike-haensel.de](mailto:traudel.horn-metzger@heike-haensel.de). **Wahlkreisbüro Ulrich Maurer**, Marienstraße 3A, 70178 Stuttgart, Fahrt am 23. Oktober bis 26. Oktober. Ansprechpartnerin: Rosemarie Bleicher, Tel. 0711-2293227, [ulrich.maurer@wk.bundestag.de](mailto:ulrich.maurer@wk.bundestag.de).

### ■ Fahrt zum Europaparlament nach Straßburg

Auf Einladung von Tobias Pflüger (MdEP) findet voraussichtlich am 26./27. September eine Fahrt zum Europaparlament nach Straßburg statt. Die Kosten für Busfahrt, Übernachtung und Frühstück werden aus Mitteln des EP finanziert. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern. Interessierte melden sich bitte schriftlich an im Regionalbüro von Tobias Pflüger, Hechinger Straße 203, 72072 Tübingen. Bitte Name, Geburtsdatum, Postadresse, Telefonnummer angeben. Email: [mep-regionalbuero@tobias-pflueger.de](mailto:mep-regionalbuero@tobias-pflueger.de).

### ■ Besuch im Freiheitsmuseum Rastatt

Die WASG Baden-Baden organisiert am **Samstag, 22.7.** um 15 Uhr eine kostenlose Führung im Freiheitsmuseum Rastatt. Interessierte melden sich bei Dieter Hitscherich, 07221-991592 – oder 51847.

### ■ Folienvortrag SGB II

Zu den Änderungen im SGB II, Fortentwicklung von Hartz IV, bietet Bernd Merlin (WASG Mannheim) einen Folienvortrag an. Dort werden die Gesetzesänderungen zum 1.8. beschrieben und kritisch beleuchtet. Der Vortrag ist im Landesbüro der WASG abrufbar und soll auch über die Internetseiten von Linkspartei und WASG heruntergeladen werden können.

### ■ Für mehr Austausch im Land

*Ein praktischer Vorschlag von Carsten Labudda, Weinheim:* Wichtig für die politische Arbeit im Land ist eine funktionierende Kommunikation zwischen den Mitgliedern und Basisgruppen. Deshalb betreibt die Linkspartei Baden-Württemberg seit Jahren im Internet eine Mailingliste. Sie ist das schnellste Mittel, um flächendeckend im Land kommunizieren zu können. Diese Mailingliste steht allen Mitgliedern offen. Dafür braucht ihr nur eine eMail an die Landesgeschäftsstelle unter [info@linkspartei-bw.de](mailto:info@linkspartei-bw.de) zu senden.